



Nr. 322 | 27.11.2025

Ukraine-Analysen

Korruption: Skandale, Bekämpfung, Proteste

ANALYSE	
Angriff auf die ukrainische Korruptionsbekämpfungsinfrastruktur Mattia Nelles (Deutsch-Ukrainisches Büro, Düsseldorf/Berlin)	2
ANALYSE	
Verfahren ohne Ende. Wie Tausende Korruptionsfälle in der Ukraine ergebnislos bleiben Oleh Gebura (Texty.org, Kyjiw)	7
KOMMENTAR	
Am Scheideweg: Korruption und der Kampf um die Zukunft der Ukraine Ruslan Rjaboschapka (Centre for National Resilience and Development, Kyjiw)	12
Der ukrainische Staat im Ausnahmezustand: Zentralisierung, Machtkampf und der Versuch institutioneller Selbstreinigung Nicole Sherstyuk (Freie Universität Berlin, Berlin)	14
Die ukrainische Zivilgesellschaft hält stand Emma Mateo (Harvard Ukrainian Research Institute, Cambridge, Massachusetts)	16
ANALYSE	
Jung, weiblich, erfolgreich: Die Proteste im Sommer 2025 für die Unabhängigkeit der Antikorruptionsbehörden Danyil Karakai, Valentyn Hatsko, Ruslana Moskotina (alle Kyiv School of Economics, Kyjiw)	19
DOKUMENTATION	
Berichte der EU-Kommission, der OECD und der ukrainischen Zivilgesellschaft zum Stand der Korruptionsbekämpfung in der Ukraine	25
CHRONIK	
Hinweis auf die Online-Chronik	30

ANALYSE

Angriff auf die ukrainische Korruptionsbekämpfungsinfrastruktur

Mattia Nelles (Deutsch-Ukrainisches Büro, Düsseldorf/Berlin)

DOI: 10.31205/UA.322.01

Zusammenfassung

Die ukrainische Staatsführung versuchte im Juli 2025 die zur Eindämmung der Korruption geschaffenen Ämter zu entmachten. Nur Proteste und massiver internationaler Druck bewegten den Präsidenten zu einer Umkehr. Doch der Inlandsgeheimdienst und die Generalstaatsanwaltschaft setzen die beiden Behörden weiter unter Druck. Die ukrainische Staatsführung muss das von ihr selbst geschürte Misstrauen abbauen, indem sie sich klar zu den unabhängigen Institutionen bekennt, die gegen Vorteilsnahme, Bestechlichkeit und ähnliche Delikte vorgehen. Andernfalls gefährdet sie nicht nur das Staatsziel EU-Beitritt, sondern setzt die für die Ukraine essenzielle westliche Unterstützung aufs Spiel.

Einleitung

Korruption war nach der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 eines der größten Probleme des jungen Staats. Erst nach der Majdan-Revolution 2014 wurden zwei unabhängige Behörden geschaffen, die es ermöglichen sollten, auch gegen hochrangige Politiker und Beamte wegen Vorteilsnahme oder Bestechlichkeit sowie gegen Oligarchen wegen Bestechung zu ermitteln.

Ende 2015 nahmen zwei neue Behörden ihre Arbeit auf: das Amt für Korruptionsbekämpfung (NABU) und die Sonderstaatsanwaltschaft zur Korruptionsbekämpfung (SAPO). Das Besondere an den neuen Institutionen war, dass die Führungsposten in einem aufwendigen und transparenten Auswahlverfahren unter Beteiligung internationaler Experten besetzt wurden, die mit ihren ukrainischen Kollegen sowohl auf die fachliche Eignung der Bewerber als auf deren Integrität achteten. Gleiches galt für die Besetzung des Hohen Gerichts für Korruptionsdelikte (WAKS), das 2019 gegründet wurde, nachdem in den Vorjahren mehrfach von NABU und SAPO ermittelte Korruptionsfälle vor gewöhnlichen Gerichten versandt waren. Die drei Institutionen galten weithin als »Inseln der Integrität« in einem Umfeld, in dem nach 2014 zwar einige Reformen angestoßen und umgesetzt wurden, aber die wesentlichen Strafverfolgungsbehörden im Großen und Ganzen weiter nach sowjetischem Muster aufgebaut sind und auch die Gerichte weiter von alten Netzwerken durchzogen sind.

Gleichwohl hatte es nach 2014 eine Reihe weiterer wichtiger Reformen zur Eindämmung der Korruption gegeben. Zu den wichtigsten Schritten gehörte die Schaffung von mehreren Transparenzregistern sowie des mehrfach prämierten digitalen Beschaffungsportals *ProZorro* und ein in Sachen Transparenz und Umfang weltweit einzigartiges Vermögensregister für eine Million Angestellte im öffentlichen Dienst der Ukraine sowie Politiker und hohe Beamte.

Im Jahr 2013 hatte die Ukraine im Korruptionswahrnehmungsindex von *Transparency International*

auf Rang 144 von 175 Ländern gelegen und ist seitdem immerhin auf Rang 122 im Jahr 2021 und Rang 105 im Jahr 2024 aufgestiegen. Teilte sich die Ukraine einst mit Russland den traurigen Ruf des korruptesten Lands in Europa, so liegt sie heute mit anderen EU-Beitrittskandidaten wie Albanien und Serbien im unteren Mittelfeld.

Das NABU – ein Dorn in den Augen der Mächtigen

NABU und SAPO sind zwei im Vergleich zur Nationalen Polizei, dem Geheimdienst SBU oder der Generalstaatsanwaltschaft kleine, hochspezialisierte Institutionen. Das NABU nahm im Oktober 2015 mit knapp 70 Ermittlern seine Arbeit auf. Heute beschäftigt das NABU knapp 800 Personen, von denen 300 Ermittler sind. Bei der SAPO liegt die gesetzliche Obergrenze bei 150 Angestellten, aktuell arbeiten 57 Staatsanwälte für das Amt, von denen jedoch 13 in der Armee dienen.

Anderthalb Jahre nach Aufnahme ihrer Arbeit gingen die beiden Behörden im Jahr 2017 erstmals gegen »große Fische« vor. Im März 2017 wurde beispielsweise der Leiter der staatlichen Steuerbehörde, Roman Nasirow, der bis 2016 Abgeordneter der Regierungspartei *Block Petro Poroschenko* gewesen war, wegen Verdachts auf Korruption festgenommen. Nasirow wurde Ende Oktober 2025 zu sechs Jahren Haft verurteilt. Es folgten Ermittlungen gegen mehrere Abgeordnete, Richter sowie ehemalige und amtierende (Vize-)Minister. Die Ermittler des NABU und des SAPO waren den Mächtigen schnell ein Dorn im Auge. Spätestens seit Ende 2017 kam es zu zahlreichen Versuchen, die beiden Behörden zu entmachten.

NABU und SAPO-Ermittlungen nehmen Fahrt auf Richtig nahmen die Ermittlungen von NABU und SAPO aber nach Russlands Großangriff an Fahrt auf. Seit Februar 2022 sind auch hochrangige Politiker ins Fadenkreuz der Ermittler geraten.

Im Juli 2022 wurde nach langem Ringen der 35-jährige Oleksandr Klymenko, ein ehemaliger hochrangi-

ger NABU-Detektiv, zum Leiter der SAPO ernannt. Zuvor hatte die Regierung seine Berufung in das Amt politisch und juristisch monatelang blockiert. Im März 2023 folgte die Ernennung von Semen Krywonos zum Direktor des NABU. Beide hatten ein aufwendiges und transparentes Auswahlverfahren durchlaufen.

Während aufgrund des Krieges in vielen Bereichen die Reformen stocken, arbeiten NABU und SAPO mit Hochdruck. In der ersten Jahreshälfte 2024 wurden 323 neue Ermittlungen eröffnet und 64 Fälle vor Gericht gebracht. In 27 Fällen sprach das Hohe Gericht für Korruptionsdelikte die Angeklagten schuldig. In der ersten Jahreshälfte 2025 stieg die Zahl der neuen Fälle auf 370, 154 Verdächtige wurden angeklagt und 62 verurteilt.

Hinter den Zahlen verbergen sich zum Teil hochbrisante Fälle. Zu den Beschuldigten bzw. Angeklagten gehörten im Juli 2025 mehr als 30 Parlamentsabgeordnete, der ehemalige stellvertretende Leiter der Präsidentialverwaltung Andrij Smyrnow (2019–2024), der amtierende Landwirtschaftsminister Witalij Kowal, der Chef der Antimonopolbehörde Pawlo Kyrilenko sowie mehrere Richter am Obersten Gericht, inklusive dem Vorsitzenden Wsewolod Knjasew, der auf frischer Tat ertappt wurde, als er knapp drei Millionen US-Dollar Schmiergeld annahm. Auch vor Ermittlungen im sensiblen Bereich Rüstung und Verteidigung schreckten die Ermittler nicht zurück. Nach eigenen Angaben eröffneten sie zwischen 2022 und 2023 mehr als 60 Verfahren in diesem Feld. Darunter war der Skandal um den Ankauf von Lebensmitteln für die Armee zu überhöhten Preisen, bei dem ein geschätzter Schaden in Höhe von 730 Millionen UAH (fast 18 Millionen US-Dollar) entstand.

Die Einschläge kommen näher ans Zentrum der Macht
Anlass für das Vorgehen der Präsidentialadministration gegen NABU und SAPO im Sommer 2025 waren jedoch wohl andere Fälle. Bereits 2023 leitete das NABU Ermittlungen gegen Rostyslaw Schurma ein, der knapp drei Jahre lang als stellvertretender Leiter der Präsidentialverwaltung für die ukrainische Wirtschaft zuständig war. Trotz der laufenden Ermittlungen hielt Präsident Selenskyj monatelang an seinem engen Vertrauten fest und entband ihn erst Anfang September 2023 von seinem Posten. Mitte Juli 2025 durchsuchte dann überraschend die bayrische Polizei nach einem Rechtshilfeersuchen des NABU ein Anwesen Schurmas am Starnberger See.

Ein weiterer enger Vertrauter Selenskyjs, der laut ukrainischen Medienberichten ins Fadenkreuz der Ermittler geriet, ist Timur Minditsch, Miteigentümer der Unternehmensgruppe *Kvartal 95*. Ende Juli 2025 berichtete der Investigativjournalist Mychajlo Tkatsch, NABU und SAPO würden seit geraumer Zeit gegen den langjährigen Freund und Geschäftspartner von Selen-

skyj ermitteln, hörten seine Wohnung ab und stünden kurz davor, die Öffentlichkeit über die Ermittlungen zu informieren (Anm. d. Red: Mehr zum Korruptionsfall um Minditsch in den Kommentaren dieser Ausgabe).

Besonders aber muss Selenskyj die Aufnahme von Ermittlungen gegen Oleksij Tschernyschow getroffen haben. Der erste stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Einheit ist das hochrangigste amtierende Kabinettsmitglied, gegen das bislang ermittelt wurde. Vor allem aber ist er ein enger Freund der Familie Selenskyj sowie der Familie des Chefs der Präsidentialadministration Andrij Jermak. Selenskyjs Frau Olena Selenska ist die Taufpatin, Andrij Jermak der Taufpate von einem der drei Kinder Tschernyschows. Mit dem Vorgehen gegen Schurma, Minditsch und Tschernyschow scheinen NABU und SAPO aus Sicht des Präsidenten und seines engsten Umfelds »rote Linien« überschritten zu haben.

Der erste Akt: offener Angriff auf das NABU

In den frühen Morgenstunden des 21. Juli 2025 führten der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU und die staatliche Ermittlungsbehörde DBR 70 Durchsuchungen bei insgesamt 15 Mitarbeitern des NABU durch. Der Inlandsgeheimdienst SBU ist ein aus sowjetischer Zeit stammender riesiger Apparat, der über weitreichende polizeiliche Befugnisse verfügt und nur schwacher parlamentarischer Kontrolle unterliegt. Für keine einzige der Durchsuchungen gab es einen richterlichen Beschluss. Laut NABU und ukrainischer Medienberichte wendeten die SBU-Ermittler in drei Fällen exzessive physische Gewalt an, obwohl die Betroffenen keinerlei Widerstand leisteten.

Laut SBU handelte es sich um eine Spezialoperation zur »Neutralisierung des russischen Einflusses« auf das NABU. Zwei leitenden Ermittlern wurde Hochverrat und die Weitergabe von Informationen mit Auswirkungen auf die nationale Sicherheit vorgeworfen. Parallel teilte die Ermittlungsbehörde DBR mit, sie ermittle gegen drei NABU-Beamte, die Verkehrsunfälle verschuldet hätten. Zwei der drei Fälle gehen in das Jahr 2021 zurück.

Einer der verdächtigten NABU-Ermittler ist Ruslan Mahamedrasulow, Leiter der überregionalen Abteilung der Behörde und einer ihrer wichtigsten Ermittler. Mahamedrasulow koordiniert u. a. die Arbeit in den frontnahen Gebieten und leitete die Ermittlungen gegen den Selenskyj-Vertrauten Minditsch. Mahamedrasulow selbst warnte in einem Interview, das er nach seiner Verhaftung geben konnte, dass der SBU möglicherweise durch sein Vorgehen an viele Informationen über laufende Ermittlungen und Quellen gelangen könnte. Er drückte zudem die Sorge aus, dass Informanten in

Gefahr seien. Die gegen Mahamedrasulow erhobenen Vorwürfe sind schwerwiegend. Ihm wird u. a. vorgeworfen, er habe seinen Vater beim illegalen Handel mit Nutzhanf nach Russland unterstützt, Kontakte zu Moskauer Geheimdiensten sowie zu dem flüchtigen Abgeordneten der verbotenen Partei *Oppositionsplattform* (OP) gehabt. Der SBU hat jedoch bislang keine überzeugenden Beweise für die Anschuldigungen veröffentlicht. Der zweite Akt: Entmachtung von SAPO und NABU

Am Morgen des 22. Juli 2025, wenige Stunden nach den Razzien gegen das NABU, beschloss der Parlamentsausschuss für Strafverfolgung eine von Maksym Buschanskyj von der Fraktion *Diener des Volkes* eingebrachte weitreichende Änderung des ukrainischen Strafrechts. An einen bereits in erster Lesung verabschiedeten Gesetzestext (Nr. 12414) zu vermissten Personen wurden seitenlange, nach Experteneinschätzung über Wochen professionell vorbereitete Änderungen angehängt, die im Wesentlichen die Kompetenzen der Staatsanwaltschaft und des Generalstaatsanwalts enorm ausweiteten und die SAPO diesem unterordneten.

Nur wenige Stunden nach dem Beschluss des Ausschusses wurde das in der Substanz vollkommen neue Gesetz unter Verletzung etlicher prozeduraler Regeln ins Plenum eingebracht. Eine Gruppe von Abgeordneten der Oppositionsparteien *Holos* und *Europäische Solidarität* versuchte zwar, eine Abstimmung zu verhindern. Doch bei vielen Abgeordneten sind NABU und SAPO äußerst unbeliebt. Am Ende der kurzen Aussprache im Plenum hielt die frühere Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko eine Rede, in der sie gegen internationale Experten, Beratungsgremien und Aufsichtsräte wetterte. Diese würden die Souveränität der Ukraine untergraben. Die Gesetzesvorlage bezeichnete sie als »Beginn der Dekolonisierung der Ukraine« und erklärte: »Heute ist ein lichter Tag dieses Parlaments, erstmals kann ich mich davon überzeugen, dass die Kolonisierung der Ukraine nicht das Allheilmittel für all unsere Probleme ist.« Nach Tymoschenkos Rede war lautes Jubeln in der Rada zu vernehmen.

Bei der Abstimmung am frühen Nachmittag votierten 263 Abgeordnete für die Gesetzesänderung, die die nach 2014 geschaffenen Institutionen der Korruptionsbekämpfung ihrer Unabhängigkeit beraubte und sie der politisch kontrollierten Generalstaatsanwaltschaft unterstellte. An deren Spitze hatte Selenskyj vier Wochen zuvor mit dem 35-jährigen Ruslan Krawtschenko einen Mann berufen, der als loyaler Gefolgsmann gilt. Krawtschenko hatte sich in den Jahren 2019–2020 auf die Leitung der SAPO und 2023 auf die Leitung des NABU beworben – ohne Erfolg. Im Auswahlverfahren für den NABU-Direktor wurde er nicht berücksichtigt, weil er die Integritätsprüfung nicht bestand – die Kommission äußerte Zweifel an der Plau-

sibilität seiner Einkünfte und Ausgaben sowie an einzelnen persönlichen Verbindungen.

Der Vorsitzende der Werchowna Rada, Ruslan Stefantschuk, unterschrieb das Gesetz umgehend und übersandte es dem Präsidenten zur Unterschrift. Nur wenige Stunden später formierten sich erste Proteste in der Hauptstadt. Die Proteste und Anrufe wichtiger Partner der Ukraine versuchten, Selenskyj von dem letzten Schritt abzuhalten. Doch dieser unterzeichnete das Gesetz noch am selben Abend und löste die größten innenpolitische Krise in der Ukraine seit 2019 aus.

Proteste, internationaler Druck und ein Rückzieher

Am Tag nach der Unterzeichnung protestierten rund 10 000 überwiegend jüngere Menschen in Kyjiw. Auch in mehreren anderen Städten von Lwiw bis Dnipro versammelten sich Demonstranten und forderten eine Rücknahme des Gesetzes. Ebenso wie zahlreiche Beobachter zeigten sich die Protestierenden überzeugt, dass die Ukraine dabei ist, den Weg in die Europäische Union zu verlassen. Und tatsächlich gingen immer mehr Anrufe wichtiger internationaler Partner der Ukraine bei Selenskyj und seiner Regierung ein, die unisono eine Kurskorrektur forderten.

Der Druck der Straße und von Seiten internationaler Partner wurde so groß, dass der Präsident am 24. Juli – keine 48 Stunden nach der Unterzeichnung des Gesetzes – einen neuen Gesetzesentwurf ankündigte. Ohne einen Fehler einzuräumen, erklärte Selenskyj, er habe einen neuen Gesetzesentwurf vorgelegt, der sicherstellen solle, dass die Unabhängigkeit und Wirksamkeit der beiden mit der Korruptionsbekämpfung befassten Behörden gewährleistet bleibe.

Dieser Entwurf (Nr. 13533) wurde in kürzester Zeit ausgearbeitet und am 31. Juli 2025 mit den Stimmen von 331 Abgeordneten verabschiedet. Nach Einschätzung zahlreicher Nichtregierungsorganisationen sowie der beiden betroffenen Behörden selbst stellt das neue Gesetz die Unabhängigkeit der Behörden wieder her. Eine Ausweitung der Proteste und des internationalen Drucks in der schwierigen Kriegsphase war damit abgewendet.

Der Vorgang hat jedoch dem Ruf Selenskyjs geschadet und auch die erst kurz zuvor von ihm ernannte neue Regierung von Ministerpräsidentin Julija Swyrydenko sowie das Parlament beschädigt. Selenskyj hatte offenbar darauf gesetzt, dass die internationalen Partner wegschauen und die ukrainische Gesellschaft sich mit dem Argument abspeisen lasse, das Gesetz richte sich gegen russischen Einfluss.

Fortsetzung des Machtkampfs mit anderen Mitteln

Bei einem gemeinsamen Auftritt am 8. August 2025 warnten die Leiter von NABU und SAPO vor weiteren

Angriffen auf ihre Behörden. Beide gaben an, konkrete Informationen darüber zu haben, dass sie ihres Postens enthoben werden sollen. Auch in den folgenden Wochen machten beide Behördenleiter deutlich, dass der Druck auf sie und ihre Ämter nach wie vor hoch ist. Oleksandr Klymenko, Leiter der SAPO, erklärte am 13. September 2025 in einem Interview: »Man darf nicht außer Acht lassen, dass dies [die vorübergehende Entmachtung der beiden Behörden] unsere Arbeit erheblich verlangsamt hat. Die Folgen sind ziemlich gravierend. Und wir werden weiter daran gehindert, unsere Arbeit effektiv zu erledigen.«

Ein zentrales Druckmittel ist das Vorgehen gegen die Ende Juli verhafteten NABU-Ermittler. In einer Analyse der Anklagepunkte und der bislang vorgelegten Beweise gegen Mahamedrasulow und seinen Vater bezeichnet Olena Scherban, Vorstandsmitglied der wichtigen NGO *Anti-Corruption Action Centre* (Antac), die Anklage als »fabriziert«. Scherban gehört zu einer Gruppe von Rechtsanwälten, die Mahamedrasulow verteidigen. Hauptziel sei es, so Scherban, Ermittlungen gegen Selenskyj-Vertraute zu unterbinden. Zu den vom SBU präsentierten Indizien gehört ein veröffentlichtes Telefonat, in dem der Beschuldigte von Geschäften mit Unternehmen in Dagestan gesprochen haben soll. Der Zeuge, mit dem sich der NABU-Ermittler in dem abgehörten Gespräch unterhielt, hat erklärt, dass es in dem Gespräch nicht um Handel mit Dagestan, sondern mit Usbekistan gegangen sei. Auch habe der SBU ihm Drohungen zukommen lassen. Beides bestätigte auch der Sohn des Zeugen.

Seit dem 10. September 2025 ist mit Witalij Tebekin ein dritter NABU-Ermittler angeklagt. Dem stellvertretenden Leiter einer NABU-Abteilung wird vorgeworfen, er soll eine falsche Vermögensdeklaration abgegeben haben. Tebekin wurde beurlaubt und gegen eine Kaution von fast drei Millionen Hrywnja aus der Untersuchungshaft entlassen. Das NABU kündigte eine interne Überprüfung an, gab aber bekannt, dass Tebekins Vermögenserklärung im Jahr 2024 geprüft worden sei und keine Verstöße festgestellt wurden.

Trotz dieser Einschüchterungsversuche setzten NABU und SAPO ihre Ermittlungen auch im hochsensiblen Bereich der Rüstungsindustrie fort. Wenige Tage nach der Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit deckten die Behörden einen Korruptionsskandal bei der Beschaffung von Drohnen auf. Ende August wurde zudem bekannt, dass die Ermittler den Rüstungsproduzenten *Fire Point* unter die Lupe genommen haben.

Einem Test auf ihre Durchsetzungsfähigkeit unterzogen sich NABU und SAPO vier Wochen nach dem Entmachtungsversuch. Anfang September gaben sie bekannt, dass sie gegen Ilja Witjuk, einen hochrangigen Mitarbeiter des SBU, wegen des Verdachts auf illegale

Bereicherung und falsche Vermögenserklärung ermitteln. Auf die Mitteilung der beiden Behörden reagierte der SBU empört: Es handele sich um einen Racheakt, nachdem der SBU »effektiv gegen russischen Einfluss auf Staatsbehörden vorgegangen ist und Straftaten mehrerer Mitarbeiter des Amts [NABU] aufgedeckt hat«.

Am 25. September leitete der SBU erneut zahlreiche Durchsuchungen ein. Betroffen waren nun ehemalige NABU-Ermittler, die beim staatlichen Eisenbahnunternehmen *Ukrsalisnyzja* arbeiten. Einer von ihnen ist der Bruder der Anwältin Scherban, die den NABU-Ermittler Mahamedrasulow verteidigt. Nach Angaben des SBU seien die Durchsuchungen per Gerichtsbeschluss genehmigt. Ziel sei es, gegen Missbrauch in der Güterverkehrssparte von *Ukrsalisnyzja* vorzugehen. Das NABU sprach davon, es werde systematisch Druck ausgeübt, um sie gefügig zu machen. Der SBU bestritt, dass die Durchsuchungen in einem politischen Zusammenhang stünden.

Auch das überdimensionierte Aufgebot der Staatsanwaltschaft im Verfahren gegen Mahamedrasulow und seinen Vater lässt sich kaum anders deuten denn als Hinweis auf die große politische Bedeutung des Falls: Alleine die Anklageschrift gegen den NABU-Ermittler wird von 42 Staatsanwälten unterstützt, darunter Generalstaatsanwalt Krawtschenko. Das *Anti-Corruption Action Centre* bezeichnet Mahamedrasulow mittlerweile als »Geisel« und begründet dies mit dem Vorgehen der Staatsanwaltschaft und der involvierten Gerichte, die Mahamedrasulow über Wochen das Recht auf Einspruch gegen die angeordnete Untersuchungshaft verwehrten. Mehrfach vertagte das Berufungsgericht im Kyjiwer Stadtbezirk Petschersk die Sitzung, um dann am 23. September den Antrag der Verteidigung auf Umwandlung der Untersuchungshaft in nächtlichen Hausarrest zurückzuweisen.

Von all diesen Vorgängen geht eine deutliches Signal aus: Staatsanwälte und Ermittler, die hochrangige Korruptionsfälle bearbeiten, sollen eingeschüchtert werden. Ihre Gewissheit, vor Druck, Gewalt und staatlichen Maßnahmen geschützt zu sein, soll erschüttert werden. Eine ähnliche Wirkung ist auch bei Informanten und Whistleblowern zu erwarten, die sich den beiden Behörden anvertraut und sie mit sensiblen Informationen versorgt haben.

Schleichende Entmachtung mit neuen Gesetzen

Zudem gibt es erneut Versuche, den Handlungsspielraum von NABU und SAPO mit Gesetzesänderungen einzuschränken. In der Werchowna Rada liegen mehrere Gesetzesentwürfe, die die Unabhängigkeit der beiden Behörden bedrohen. Das Vorgehen ist nicht mehr so grobschlächtig wie beim ersten Versuch. Nun sollen die Kompetenzen der beiden Behörden in wichti-

gen Bereichen beschnitten werden. Zwei Gesetzesentwürfe verdeutlichen dies: Entwurf Nr. 13423 soll vom Verteidigungsministerium ausgewählten Rüstungsunternehmen rückwirkend Immunität verschaffen. Auch soll der Einfluss der Generalstaatsanwaltschaft auf Verfahren ausgeweitet und im Gegenzug die Unabhängigkeit von Ermittlern und Staatsanwälten geschwächt werden – auch in Fällen, die eigentlich in die Zuständigkeit von NABU, SAPO und des Obersten Gerichts für Korruptionsbekämpfung fallen.

Entwurf Nr. 12439 soll »die Wirtschaft schützen« und würde Handlungen für rechtmäßig erklären, sofern sie den »Erläuterungen« von Regulierungsbehörden entsprechen. Würde dieser Entwurf gebilligt, könnten also administrative Auslegungen an die Stelle von Gerichtsentscheidungen treten, die auf Gesetzen fußen. *Transparency International Ukraine* bemängelt auch, dass Eildurchsuchungen ohne richterlichen Beschluss in Korruptionsfällen – etwa bei Bestechung oder Einflussnahme – mit dieser Gesetzesvorlage erschwert werden sollen.

Zudem wurde in der Werchowna Rada am 19. Juni 2025 auf Beschluss von 257 Abgeordneten ein temporärer Untersuchungsausschuss zur Aufklärung möglicher Korruption in den Sicherheits- und Justizbehörden geschaffen. Zum Vorsitzenden wurde Serhij Wlasenko von Julija Tymoschenkos Partei *Batkiwschtschyna* (Vaterland) gewählt, zum Stellvertreter Maksym Buschanskyj, also jener Abgeordnete aus der Fraktion der Präsidentenpartei *Diener des Volkes*, der das Gesetz eingebracht hatte, das nach dem Sturm der Entrüstung zurückgenommen wurde. Beide haben sich immer wieder mit scharfer Kritik an NABU und SAPO hervorgetan. Die Vermutung liegt nahe, dass die Kommission nicht geschaffen wurde, um neutrale Untersuchungen zu ermöglichen, sondern ein politisches Werkzeug ist, mit dem Druck auf NABU, SAPO und andere unabhängige Institutionen ausgeübt werden soll.

Verleumdung

Schließlich werden in großem Stil falsche Informationen über die beiden Behörden in Umlauf gebracht, die das Vertrauen in deren Integrität untergraben sollen. NABU-Direktor Semen Krywonos sprach im Juli 2025 von einer »Schmutzkampagne«, die vor allem über anonyme Telegram-Kanäle geführt werde, um die Arbeit der Behörde zu diskreditieren. Ermittlern wird unterstellt, sie seien »pro-russisch« oder selbst in Korruptionsfälle verstrickt.

Die Desinformationsbemühungen zeigen laut Umfragen erste Wirkung. Laut einer Online-Umfrage des Instituts Info Sapiens, in Auftrag gegeben vom öffentlichen Fernsehsender *Suspilne* vom 9.–10. September, sehen 26 Prozent der Ukrainer darin lediglich einen »Kampf der Sicherheitsorgane um Einfluss«.

Zugleich vertrauen 39 Prozent weder SBU noch NABU oder SAPO, während 16 Prozent eher dem SBU und nur 12 Prozent den beiden Behörden Vertrauen schenken. Ausblick

Konsequentes Vorgehen gegen Korruption ist eine zentrale Voraussetzung für einen Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union. Russlands Krieg gegen die Ukraine kann kein Vorwand sein, die Eindämmung der Korruption hintanzustellen. Die Angriffe auf NABU und SAPO im Sommer 2025 haben allerdings gezeigt, wie verwundbar die Institutionen der Korruptionsbekämpfung in der Ukraine sind. Nur Proteste und vor allem internationaler Druck verhinderten eine Entmachtung der beiden Behörden. Das Vertrauen in die politische Führung hat jedoch erheblichen Schaden genommen – sowohl in der Ukraine als auch bei ihren internationalen Partnern.

NABU und SAPO werden weiter unter Druck gesetzt, insbesondere durch den SBU und die Generalstaatsanwaltschaft. Auch von den Parteien, die im Parlament für das Entmachtungsgesetz gestimmt hatten, geht weiter Gefahr für die unabhängige Arbeit der Behörden aus. Es handelt sich keineswegs lediglich um einen Machtkampf zwischen nachgeordneten Behörden. Für die Angriffe, die die Präsidentenpartei *Diener des Volkes* aus dem Parlament führt, sowie für jene, die von Selenskyj direkt unterstellten und loyalen Behördenleitern ausgehen, tragen der Präsident und sein Umfeld die direkte politische Verantwortung.

Um die Unabhängigkeit von NABU und SAPO zu sichern, braucht es klare Schutzmechanismen. Nur auf diese Weise können Rückschritte verhindert und die Autonomie der beiden Behörden gestärkt werden. Um selbständiger arbeiten zu können, benötigen die beiden Ämter eine eigenständige forensische Expertise sowie die technischen Möglichkeiten, um Verdächtige nach einer richterlichen Anordnung abhören zu können. Bislang müssen die Ermittler auf den SBU zurückgreifen, was diese nach Angaben des NABU wegen des mangelnden Vertrauens in den SBU nur äußerst selten tun.

Auch sollten die Befugnisse der SAPO-Leitung insbesondere bei Verfahren gegen Abgeordnete erweitert werden. Bislang muss der Generalstaatsanwalt im Falle eines Verdachts die Ermittlungen genehmigen. Ob der seit Juli amtierende Generalstaatsanwalt Krawtschenko Ermittlungen gegen Abgeordnete zulassen wird, ist offen. Weitere konkrete Empfehlungen zur Stärkung von NABU und SAPO liegen vor, nicht zuletzt aus den unabhängigen Audits und dem im November 2025 veröffentlichten EU-Erweiterungsbericht.

Die Bekämpfung von Korruption auf höchster Ebene in der Ukraine wird immer wieder in Frage gestellt werden, wenn die dafür zuständigen Ämter die mächtigsten Behörden des Landes gegen sich haben. Daher steht der

Ukraine eine Herkulesaufgabe bevor: SBU und Generalstaatsanwaltschaft müssen reformiert und entpolitisiert werden. Ein Umbau der Generalstaatsanwaltschaft wurde nach 2014 angestoßen, aber nie umfassend umgesetzt. Nun steht die Reform, zu der auch ein neues Verfahren bei der Ernennung des Generalstaatsanwalts gehört, auf der Agenda der Reformen für einen Beitritt zur EU.

Von zentraler Bedeutung ist, dass die internationalen Partner der Ukraine das weitere Geschehen um die

beiden Behörden genau beobachten. Versteckte Versuche zur Beschneidung der Kompetenzen müssen rasch als solche erkannt werden. Anschließend bedarf es einer sofortigen Intervention auf höchster politischer Ebene. Die EU-Spitze und wichtige Verbündete sollten Selskyj und seiner Regierung unmissverständlich klarmachen, dass jeder weitere Versuch, die Korruptionsbekämpfung zu behindern, Folgen für die Bemühungen um einen EU-Beitritt hat.

Hinweis: Dieser Text ist eine gekürzte Fassung des in Osteuropa 8-9/2025 erschienenen Beitrags »Tod durch tausend Nadelstiche. Angriff auf die Korruptionsbekämpfung in der Ukraine«, der frei zugänglich ist unter <https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2025/8-9/tod-durch-tausend-nadelstichel>. Dort finden sich auch zahlreiche Quellenlinks.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt der Zeitschrift Osteuropa für die Erlaubnis zur Nachnutzung.

Über den Autor

Mattia Nelles ist Mitbegründer des Deutsch-Ukrainischen Büros (DUB) gGmbH, das Projekte zur Rechtsstaatlichkeit im EU-Beitrittsprozess der Ukraine umsetzt.

ANALYSE

Verfahren ohne Ende. Wie Tausende Korruptionsfälle in der Ukraine ergebnislos bleiben

Oleh Gebura (Texty.org, Kyjiw)

DOI: 10.31205/UA.322.02

Zusammenfassung

In der Ukraine werden jährlich Tausende Strafverfahren wegen verschiedener Korruptionsdelikte eingeleitet – aber nur in den seltensten Fällen werden die Täter:innen verurteilt. Welches sind die häufigsten Delikte, und warum versanden so viele Fälle im Nichts? Darüber bietet die folgende Datenanalyse Aufschluss.

Seit Anfang 2013 wurden in der Ukraine insgesamt mehr als 120.000 Verfahren nach Artikel 191 des Strafgesetzbuchs der Ukraine – »Unterschlagung oder Veruntreuung von Eigentum durch Machtmissbrauch« – eingeleitet. Aber nur 578 Personen erhielten tatsächlich Haftstrafen. Diese Diskrepanz zwischen der Zahl der registrierten Fälle und den tatsächlichen Verurteilungen ist keine Ausnahme, sondern ein systemisches Phänomen für die meisten korruptionsbezogenen Straftatbestände in der Ukraine.

Artikel 191 ist der am häufigsten angewendete Straftatbestand im Bereich der Korruptionsdelikte. Allein im Jahr 2024 wurden 7.743 Verfahren dazu eröffnet. Andere typische Korruptionsdelikte, wie z. B. Artikel 368 (»Annahme unrechtmäßiger Vorteile«) liegen mit nur 1.640 Verfahren im vergangenen Jahr weit dahinter zurück.

Die hohe Diskrepanz zwischen Verfahren und Urteilen weist auf eine tiefe Dysfunktionalität hin: Der Kampf gegen die Korruption wird imitiert, indem man sich auf Statistiken statt auf Ergebnisse konzentriert.

Anhand von Gerichtsstatistiken des CrimeDataLab analysierte Texty.org.ua, an welchen Stellen im System Korruptionsverfahren »verschwinden« – und warum es so ist.

Tausende Fälle – und ein besonders populärer Artikel

Im Jahr 2024 wurden insgesamt mehr als 20.000 Verfahren eingeleitet, die man als Korruption bezeichnen kann. Die o.g. hohe Zahl von Verfahren nach Artikel 191 lässt sich durch seine breite Anwendbarkeit erklären: von kleineren Unterschlagungen in staatlichen Einrichtungen bis hin zu groß angelegten Betrugsfällen.

Seit Beginn der russischen Vollinvasion hat die Zahl der Verfahren nach Artikel 308 des Strafgesetzbuchs (»Diebstahl, Veruntreuung oder Erpressung von Betäubungsmitteln, psychotropen Substanzen oder deren Analoga oder Aneignung derselben durch Betrug oder Machtmissbrauch«) zugenommen. Im vergangenen Jahr war dies der zweithäufigste Tatbestand mit 5.301 eröffneten Verfahren. Bei anderen korruptionsbezogenen Artikeln gibt es deutlich weniger Fälle.

Realität der Bestrafung: wenige Inhaftierte, kurze Strafen

Gleichzeitig landet nur ein sehr kleiner Teil der Angeklagten tatsächlich im Gefängnis. Die Gesamtzahl der jährlich zu Haftstrafen verurteilten Personen nach allen korruptionsbezogenen Artikeln liegt unter 100. Dies ist angesichts Tausender jährlich eröffneter Verfahren verschwindend gering.

Zudem liegen die meisten Haftstrafen bei unter fünf Jahren. Solche Strafen werden in der Regel nicht für große Korruptionsfälle, sondern für weniger schwerwiegende Delikte verhängt. Strafen von fünf bis zehn Jahren oder mehr, die üblicherweise mit der Bestrafung von Korruption auf höherer Ebene verbunden sind, sind deutlich seltener (s. Grafik 1/Tabelle 1 auf S. 10/11).

Das System produziert somit Tausende Verfahren, die entweder vor Gericht scheitern oder mit Strafen ohne Freiheitsentzug enden. Selbst in den seltenen Fällen, in denen es zu einem Urteil kommt, zeigt das System Milde.

Nehmen wir zum Beispiel den oben bereits erwähnten häufigsten Artikel 191 (»Unterschlagung oder Veruntreuung von Eigentum durch Machtmissbrauch«). Von den insgesamt knapp über 120.000 registrierten Verfahren im Zeitraum von 2013–2024 landeten weniger als die Hälfte – 50.500 – vor Gericht. Von den Fällen, die vor Gericht gelangten, wurden nur gegen 6.600 Personen Urteile ausgesprochen. Tatsächliche Haftstrafen – die strengste Form der Bestrafung für Korruption – erhielten lediglich 578 von ihnen. Das sind weniger als 0,5 % der ursprünglichen Fallzahl. Der Rest endete überwiegend mit Geld- oder Bewährungsstrafen.

Noch aufschlussreicher ist Artikel 364 (»Macht- oder Amtsmissbrauch«). Von mehr als 40.000 Verfahren gelangten weniger als 10 % – nur etwa 3.000 – vor Gericht. Tatsächliche Haftstrafen wurden gegen lediglich 63 Personen verhängt; 12 erhielten Freiheitsbeschränkungen, 28 Geldstrafen und 16 Arreststrafen.

Das Problem liegt aber nicht nur in der Milde der Strafen. Eine große Zahl von Fällen wird bereits im Stadium der Voruntersuchung geschlossen, gelangt nie vor Gericht oder endet mit Bewährungsstrafen. Das System ist auf jeder Ebene ineffektiv – aber warum?

Wo die Fälle »verschwinden«

Auf jeder Stufe – von der Voruntersuchung bis zu den Gerichtsverhandlungen – fällt ein erheblicher Anteil der Fälle weg. Einige werden von den Gerichten eingestellt, weil die Angeklagten freigelassen wurden, verstorben sind, eine Amnestie erhielten, sich mit der geschädigten Partei anderweitig einigten oder die Straftat nicht bewiesen werden konnte.

Ein großer Teil geht auch in den Statistiken »verloren«. Strafverfolgungsbehörden und Gerichte gehen in ihren Berichten unterschiedlich vor. Polizei und Staatsanwaltschaft melden die Zahl der Strafverfahren – also der untersuchten Fälle –, während die Gerichte die Zahl der verurteilten Personen erfassen.

»Wenn eine Person mit mehreren Straftatbeständen konfrontiert ist, wird nur der schwerste erfasst. Wird jemand wegen Mordes, Diebstahls, Raubes und Drogenhandels angeklagt, erscheinen in den Berichten der Staatsanwaltschaft vier Straftaten, während die Gerichtsstatistik nur eine ausweist. Diese Situation zeigt den Bedarf an umfassenderen Kriminalstatistiken seitens der Strafverfolgungsbehörden«, erklärt Mykola Kartschewskyj, Professor am Lehrstuhl für Recht und öffentliche Verwaltung der King-Danylo-Universität in Iwano-Frankiwsk, der auch das CrimeDataLab-Projekt betreibt.

Aufgrund dieser Inkonsistenzen lässt sich der genaue Prozentsatz »verschundener« Fälle nicht berechnen. Die allgemeine Tendenz ist jedoch klar: Nur ein kleiner Teil aller registrierten Straftaten gelangt vor Gericht und führt zu realer Bestrafung.

Laut Bohdan Kowal, Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Strafjustiz der Nationalen Akademie für Innere Angelegenheiten, liegt eines der Kernprobleme in der Natur solcher Straftaten selbst. Amtsmissbrauch zum Beispiel zählt zu den sogenannten Dokumentenstraftaten. Anders als etwa Raub können sie nicht »auf frischer Tat« beobachtet werden. Die Beweise bestehen in der Regel nicht aus Zeugenaussagen oder Videoaufnahmen, sondern aus Bergen von Finanzdokumenten, Bankunterlagen und Gutachten.

Solche Delikte werden oft erst Monate oder Jahre nach ihrer Begehung durch Prüfungen oder Audits entdeckt. Dies führt dazu, dass einige Beweise verloren gehen oder schwer zu beschaffen sind. Darüber hinaus erfordern die Ermittlungen Fachwissen in spezifischen Bereichen. »Unterschlagung, Veruntreuung oder Amtsmissbrauch können das Bauwesen, das Gesundheitswesen, die Raumfahrt, die Eisenbahn oder den Verteidigungssektor betreffen. Ohne gerichtlich bestellte Gutachten ist es unmöglich, die Umstände des Verbrechens festzustellen, und Gutachten können sehr lange dauern«, so Bohdan Kowal.

Täter:innen schaffen oft ganze Ketten von Scheinfirmen, um ihre illegalen Aktivitäten zu verschleiern. Das

Aufdecken solcher Strukturen und die Identifizierung der tatsächlichen Organisator:innen, nicht der »Stroh-männer«, ist ein langwieriger und komplexer Prozess. Laut Kowal dauert ein gut geplantes Ermittlungsverfahren »vom Einleiten eines Verfahrens bis zu seiner Überweisung an das Gericht im Idealfall, wenn die Beschuldigten kooperieren, zwei bis drei Jahre«.

Ein weiterer Grund für die hohe Zahl der Verfahren ist der Druck auf Unternehmen. Dies wird teilweise durch die derzeitige Strafprozessordnung begünstigt. »Die Strafjustizreform von 2012 verpflichtete die Strafverfolgungsbehörden, Strafverfahren praktisch auf jeder Grundlage einzuleiten, da die Institution der Vorermittlung abgeschafft wurde. Grundlage [für die Einleitung eines Verfahrens, Anm. d. Red.] kann z. B. bereits der Bericht eines Mitarbeitenden einer operativen Einheit sein, der nicht immer der objektiven Lage entspricht. Das erklärt die große Zahl eingeleiteter Verfahren ohne echte Perspektive, die dann dauerhaft in der Statistik der ungeklärten Fälle verbleiben«, sagt Kowal.

Außerdem würden Fälle häufig unter Verstoß gegen die Zuständigkeit untersucht. Das bedeutet, dass verschiedene Behörden – das Staatliche Ermittlungsbüro, das Büro für Wirtschaftssicherheit, die Nationalpolizei, das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine und manchmal sogar der Sicherheitsdienst – denselben Fall bearbeiten. Dies fördert nicht die Effizienz und ist oft ein Ausdruck von Korruption und Druck auf Unternehmen.

Durch viele Verzögerungen kommen die Verfahren oft an ihre Verjährungsfristen. Das Strafrecht legt klare Zeiträume fest, nach deren Ablauf eine Person nicht mehr strafrechtlich belangt werden kann: »Eine Person wird von der strafrechtlichen Verantwortung befreit, wenn seit der Begehung einer schweren Straftat zehn Jahre vergangen sind, bei einer besonders schweren Straftat 15 Jahre. Dabei ist zu beachten, dass ein Urteil meist erst nach einer Berufung rechtskräftig wird. Angesichts der langen Dauer von Voruntersuchungs- und Gerichtsverfahren werden viele Fälle daher ohne Gerichtsurteil wegen Verjährung eingestellt«, erklärt Bohdan Kowal.

Fokus auf »einfache« Verfahren

Zusätzlich dazu gibt es im ukrainischen Strafsystem Leistungsindikatoren, die dazu führen, dass oft die einfachsten Fälle verfolgt werden – gegen gewöhnliche Bürger:innen und niedrige Beamte:innen – während große, komplexe Ermittlungen gegen hochrangige Beamte:innen eher vermieden werden. Zu den häufigsten Ermittlungen gegen Staatsbedienstete zählen solche wegen Artikel 368 (»Annahme eines Angebots, Versprechens oder Erhalts eines unrechtmäßigen Vorteils durch einen Amtsträger«) und 364 (»Macht- oder Amtsmissbrauch«). Schaut man sich an, wer dann auf der Anklagebank sitzt, findet man dort Beamte:innen im einfachen

Dienst, Kommunalvertreter:innen und Polizist:innen. Hochrangige Beamte:innen, Richter:innen und Staatsanwälte:innen fehlen fast vollständig.

Der Grund ist einfach: Es ist viel leichter, eine Bestechung durch einen Verkehrspolizisten oder eine Sachbearbeiterin zu dokumentieren, als ein komplexes Korruptionsnetzwerk hochrangiger Beamte:innen aufzudecken. Das System wählt den Weg des geringsten Widerstands, um hohe Aufdeckungsquoten vorzuweisen. Dadurch entsteht die Illusion, dass die Korruption bekämpft wird, während in Wirklichkeit nur gewöhnliche Täter:innen bestraft werden und die Akteur:innen groß angelegter Korruptionsschemata oft unberührt bleiben.

»Tote« und »bequeme« Artikel

Ein weiteres Indiz für diese Vorgehensweise ist der Umgang mit schwer beweisbaren Artikeln. Ein besonders auffälliges Beispiel ist Artikel 368-5 (»Illegale Bereicherung«). In den vergangenen fünf Jahren wurden Hunderte Verfahren nach Artikel 368-5 eingeleitet, aber kein einziges gelangte vor Gericht. Dieser Artikel – der eigentlich ein zentrales Instrument im Kampf insbesondere gegen hochrangige Korruption sein sollte – findet in der Praxis somit keine Anwendung.

In den vergangenen fünf Jahren wurde unter Hunderten Fällen nach Artikel 365-2 (»Missbrauch von Befugnissen durch Personen, die öffentliche Dienstleistungen erbringen«) nur eine Person verurteilt (zwei weitere erhielten Bewährungsstrafen), und nach Artikel 210 (»Missbrauch von Haushaltsmitteln«) wurden zwei Personen verurteilt (s. Tabellen 2–4 auf S. 11).

»Achtzig Prozent aller Verurteilungen wegen Amtsdelikten in der Ukraine entfallen auf Artikel 369 (»Anbieten eines Bestechungsgeldes«). Das sind Fälle wie ein betrunkenen Fahrer, der einem Streifenpolizisten 500 Hrywnja anbietet und sagt: »Hier, ich bin weg«, erklärt Mykola Kartschewskyj.

Ein effektives, universelles Justizsystem als Ziel

Die Datenanalyse zeigt, dass das ukrainische System der Korruptionsbekämpfung weniger als ein Mechanismus funktioniert, der Gerechtigkeit herstellt, sondern eher wie eine Fabrik, die statistische Kennzahlen produziert. Es ist äußerst effektiv darin, »Rohmaterial« mit Tausenden registrierten Strafverfahren zu generieren, die einen fruchtbaren Boden für korrupte Profite schaffen. Am Ende produziert diese Fabrik jedoch kaum »Endprodukte« – tatsächliche Verurteilungen hochrangiger Beamte:innen.

Dieses Modell erzeugt eine gefährliche Illusion. Auf dem Papier sieht alles gut aus: Fälle werden registriert, Verfahren eröffnet, Ressourcen eingesetzt, Berichte erstellt. In der Realität entsteht jedoch keine Gerech-

tigkeit – sondern bloß Statistiken, die die Öffentlichkeit und die internationalen Partner der Ukraine beruhigen sollen.

Diese Simulation hat einen hohen Preis. Es geht dabei nicht nur um verschwendetes Steuergeld zur Aufrechterhaltung eines ineffektiven Systems, sondern auch um eine zunehmende Erosion des Vertrauens der Öffentlichkeit in den Staat.

Die Kriterien zur Bewertung der Effektivität von Strafverfolgungsbehörden müssen geändert werden. Der wichtigste Indikator sollte nicht die Zahl der eröffneten Fälle sein, sondern die Zahl der gerichtlichen Verurteilungen. Gleichzeitig müssen die Gerichte professionell und unabhängig arbeiten, damit Strafverfolgungsbehörden nicht Unschuldige für ihre internen Statistiken einsperren.

Derzeit sehen wir zwei Ebenen im Kampf gegen die Korruption. Die erste arbeitet relativ effektiv, indem sie niedrige und mittlere Beamt:innen zur Rechenschaft zieht – überwiegend für leicht zu beweisende Straftaten. Die zweite existiert für hochrangige Beamt:innen, wo Fälle aber scheitern und nur wenige Personen zur Verantwortung gezogen werden. Das System zeigt auf diese Weise seine Stärke gegenüber den Schwachen – und seine Schwäche gegenüber den Mächtigen.

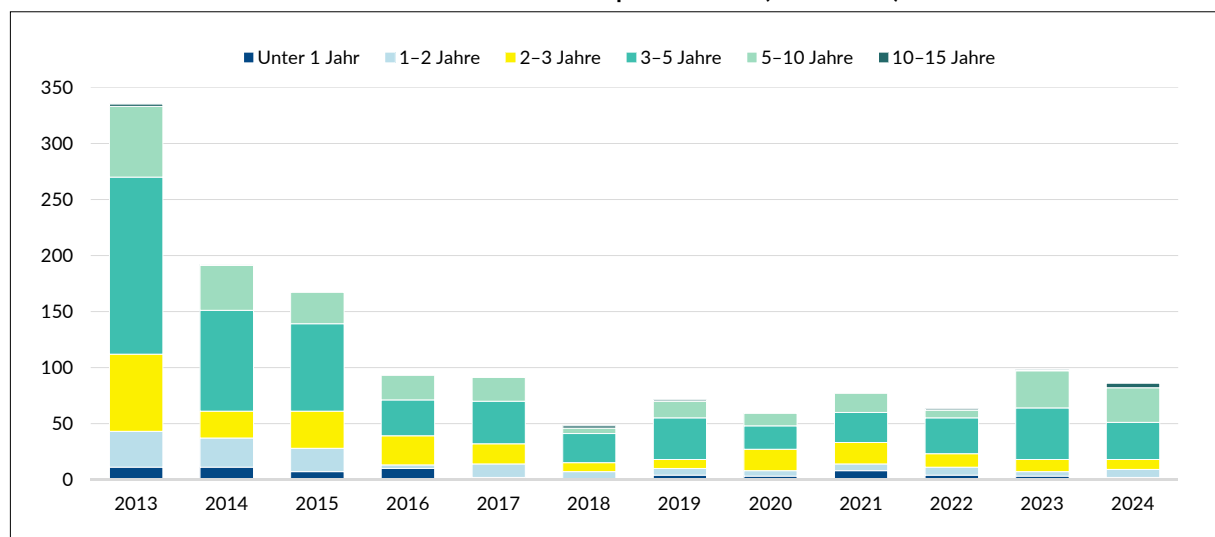
Das Ziel sollte daher nicht nur sein, die Effektivität der Korruptionsbekämpfung insgesamt zu steigern, sondern ein einheitliches, universelles Justizsystem zu schaffen, in dem Verurteilungen [wegen Korruptionsdelikten, Anm. d. Red.] nicht vom Rang oder politischem Einfluss abhängen.

Der Text ist ursprünglich bei Texty.org erschienen unter dem Titel »Справи є — результату немає. Тисячі корупційних проваджень в Україні не закінчуються вирокami« und ist frei zugänglich unter <https://texty.org.ua/projects/115575/spravy-ye-rezultatu-nemaye-tysyachi-korupcijnyh-provadzhen-v-ukrayini-ne-zakinchuyutsya-vyrokamy/?src=main>. Dort finden sich auch weitere Daten und Grafiken zu den einzelnen korruptionsbezogenen Artikeln des Strafgesetzbuchs. Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt Texty für die Erlaubnis zur Nachnutzung.

Über den Autor

Oleh Gebura ist Datenanalyst bei Texty.org, einem preisgekrönten ukrainischen Medium für Datenjournalismus und investigative Recherchen.

Grafik 1: Anzahl und Dauer der Haftstrafen für Korruptionsdelikte (2013–2024)



Quelle: CrimeDataLab, <https://crimedatalab.org/>.

Tabelle 1: Anzahl und Dauer der Haftstrafen für Korruptionsdelikte (2013–2024)

Jahr	Unter 1 Jahr	1–2 Jahre	2–3 Jahre	3–5 Jahre	5–10 Jahre	10–15 Jahre	Gesamt
2013	11	32	69	158	63	2	335
2014	11	26	24	90	40	1	192
2015	7	21	33	78	28	0	167
2016	10	3	26	32	22	1	94
2017	2	12	18	38	21	0	91
2018	0	7	8	26	5	2	48
2019	4	6	8	37	15	1	71
2020	3	5	19	21	11	0	59
2021	8	6	19	27	17	1	78
2022	4	7	12	32	7	1	63
2023	3	4	11	46	33	1	98
2024	2	7	9	33	31	4	86

Quelle: CrimeDataLab, <https://crimedatalab.org/>.

Tabelle 2: Artikel 365-2. Machtmissbrauch durch Personen, die öffentliche Dienstleistungen erbringen

Jahr	Registrierte Fälle	An das Gericht verwiesene Fälle	Verurteilt	Von der Strafe befreit	Tatsächlich in Haft	Geldstrafe
2019	472	18	0	0	0	0
2020	379	27	0	0	0	0
2021	422	55	0	0	0	0
2022	239	29	0	0	0	0
2023	227	28	1	0	1	0
2024	179	37	2	2	0	0

Quelle: CrimeDataLab, <https://crimedatalab.org/>.

Tabelle 3: Artikel 368-5. Unrechtmäßige Bereicherung

Jahr	Registrierte Fälle	An das Gericht verwiesene Fälle	Verurteilt	Von der Strafe befreit	Tatsächlich in Haft	Geldstrafe
2020	10	0	0	0	0	0
2021	18	0	0	0	0	0
2022	17	0	0	0	0	0
2023	77	0	0	0	0	0
2024	102	0	0	0	0	0

Quelle: CrimeDataLab, <https://crimedatalab.org/>.

Tabelle 4: Artikel 210. Missbrauch von Haushaltsmitteln, Tötung von Haushaltsausgaben oder Gewährung von Haushaltsdarlehen ohne festgelegte Haushaltszuweisungen oder unter Überschreitung dieser

Jahr	Registrierte Fälle	An das Gericht verwiesene Fälle	Verurteilt	Von der Strafe befreit	Tatsächlich in Haft	Geldstrafe
2019	23	0	1	0	0	1
2020	16	1	0	0	0	0
2021	17	2	1	0	0	1
2022	3	0	0	0	0	0
2023	12	0	0	0	0	0
2024	12	2	0	0	0	0

Quelle: CrimeDataLab, <https://crimedatalab.org/>.

KOMMENTAR

Am Scheideweg: Korruption und der Kampf um die Zukunft der Ukraine

Ruslan Rjaboschapka (Centre for National Resilience and Development, Kyjiw)

Ein Land unter Schock

Die Ukraine ist erschüttert von der Aufdeckung eines massiven Korruptionsfalls im Energiesektor, in den hochrangige Regierungsvertreter:innen (ein ehemaliger Vizepremier, der ehemalige Verteidigungsminister, der Justizminister und die Energieministerin), Geschäftsleute sowie das Spitzenmanagement des staatlichen Unternehmens Energoatom involviert waren.

Selbst für jene, die seit Jahren im Bereich der Korruptionsbekämpfung arbeiten, ist das Ausmaß enorm: Laut dem Nationalen Antikorruptionsbüro (NABU), das den Fall in monatelangen Ermittlungen aufdeckte, lagen die Schmiergeldzahlungen bei 10–15 % auf milliarden-schwere Hrywnja-Verträge. Umgerechnet sollen insgesamt mehr als 100 Millionen US-Dollar über ein ukrainisches Geldwäschenetzwerk geschleust worden sein.

Eine der Schlüsselfiguren, Timur Minditsch, ist ein Unternehmer aus dem Umfeld des Präsidenten. Während des Präsidentschaftswahlkampfs 2019 stellte Minditsch Wolodymyr Selenskyj seine Wohnung zur Verfügung.

Der Fall trifft einen wunden Punkt in einem Land, das ums Überleben kämpft: Wenn Korruption in solch großem Ausmaß selbst während des Krieges floriert, untergräbt das nicht nur die Moral von Soldat:innen und Zivilist:innen, die ihre letzten Ressourcen für die Armee opfern, sondern erschüttert auch das Vertrauen der internationalen Partner und gefährdet den ukrainischen Traum vom EU-Beitritt.

Das Versprechen einer anderen Ukraine

Im Frühjahr 2019, unmittelbar vor den Präsidentschaftswahlen, traf ich Wolodymyr Selenskyj in der oben erwähnten Wohnung in der Hruschewskij-Straße. Wir sprachen stundenlang über die Möglichkeit einer Ukraine ohne Korruption – eines Landes, in dem Bürger:innen ihrer Regierung vertrauen können und in dem Gerechtigkeit nicht länger von Geld oder Einfluss abhängt.

An diesem Abend legte ich ihm eine Reformagenda vor: die Erneuerung des Justizsystems, die Stärkung der Antikorruptionsinstitutionen und die Transformation der Generalstaatsanwaltschaft in eine professionelle, unabhängige Institution. Es herrschte eine Atmosphäre voller Idealismus und dem Glauben, dass ein echter Wandel möglich sei.

Die ersten neun Monate unter Selenskyj: ein Durchbruch im Kampf gegen Korruption

Dank des außergewöhnlich hohen Wahlergebnisses hatte Selenskyj großen gesellschaftlichen Rückhalt und konnte in den ersten Monaten seiner Präsidentschaft lange unmöglich geglaubte Reformen umsetzen:

- Das Oberste Antikorruptionsgericht (HACC) nahm seine Arbeit auf
- Das Nationale Antikorruptionsbüro (NABU) und die Spezialisierte Antikorruptionsstaatsanwaltschaft (SAPO) wurden gestärkt, politischer Druck und Hindernisse für ihre Ermittlungsarbeit wurden beseitigt
- Unter meiner Leitung der Generalstaatsanwaltschaft wurden mehr als 800 unprofessionelle und unehrliche Staatsanwält:innen aus dem Amt entlassen, große Teile des Systems bereinigt und die Unabhängigkeit der Staatsanwält:innen gestärkt
- Das Parlament stellte die Strafbarkeit der illegalen Bereicherung wieder her und führte zivilrechtliche Vermögensabschöpfung zur Rückgewinnung von Korruptionsgewinnen ein
- Die lange blockierte Nationale Agentur zur Korruptionsprävention (NACP) erhielt mit neuer Führung neue Impulse
- Eine umfassende Justizreform begann und legte die Grundlage für mehr Integrität in den Gerichten
- Zum ersten Mal in der Geschichte der Ukraine gab es keine Fälle großer Korruption – nicht, weil sie vertuscht wurden, sondern weil das System endlich funktionierte

Für einen kurzen, aber entscheidenden Moment erlebte die Ukraine, wozu politischer Wille fähig ist, wenn er mit Reformkräften zusammenwirkt.

Der Wendepunkt

Die Entlassung von Andrij Bohdan als Leiter des Präsidialbüros im Februar 2020, der einer der wichtigsten Architekten der Reformagenda war, markierte den Beginn eines Rollback-Prozesses. Im März folgte die Absetzung der reformorientierten Regierung von Oleksij Hontscharuk und anschließend die Entfernung des Reformteams aus der Generalstaatsanwaltschaft.

Von diesem Moment an begann ein stetiger Abstieg. Institutionen, die gerade begonnen hatten, unabhängig zu arbeiten, wurden erneut unter politische Kontrolle gestellt. Loyalität begann, Kompetenz zu ersetzen. Anstatt sich zu einem »Land der Träume« zu reformieren, verwandelte sich die Ukraine schrittweise wieder zu einem Staat, in dem großangelegte Korruption ermöglicht wurde.

Monopolisierung der Macht und fehlender politischer Wille als Kernprobleme

In den vergangenen Jahren, besonders seit der russischen Vollinvasion im Februar 2022, konzentrierte sich nahezu

alle Macht in den Händen des Präsidenten und seines engen Umfelds – einen kleinen Kreis, zu dem Selenskyj selbst »fünf oder sechs effektive Manager« (https://lb.ua/news/2023/12/19/589765_zelenskiy_skazav_shcho_yogo_komanda.html) zählt. In der Praxis ersetzt dieser informelle Kreis Parlament, Regierung und unabhängige Expert:innen bei zentralen Entscheidungsprozessen. Sie sind aber nicht politisch rechenschaftspflichtig und ihre Integrität wird oftmals hinterfragt.

Machtkonzentration kann in bestimmten Situationen nützlich sein – insbesondere im Krieg oder bei Reformen, wenn schnelle Entscheidungen erforderlich sind. Aus eigener Erfahrung als stellvertretender Leiter des Präsidialamts und als Generalstaatsanwalt weiß ich, dass – wenn politischer Wille vorhanden ist – Probleme, die jahrelang ungelöst blieben, innerhalb weniger Stunden gelöst werden können. Doch derselbe Wille kann auch innerhalb weniger Stunden zerstören, was über Jahre aufgebaut wurde. Das deutlichste Beispiel war im Juli 2025, als der Präsident umstrittene Gesetze unterzeichnete, die die unabhängigen Antikorruptionsorgane praktisch unter seine Kontrolle stellten.

Der aktuelle Energoatom-Fall ist nur einer von vielen. Ihm gingen Skandale voraus im Hafen von Odesa, im Verteidigungsministerium, bei der Waffenbeschaffung, sowie große Korruptionsfälle beim Rüstungskonzern Ukroboronprom, der staatlichen Eisenbahngesellschaft Ukrsalisnyzja und beim Bau von Befestigungsanlagen in Frontnähe. Auch beim Wiederaufbau und bei humanitärer Hilfe wurde Veruntreuung aufgedeckt. Das systemische und massive Ausmaß dieser Fälle sowie die Angriffe der Staatsmacht auf die unabhängigen Antikorruptionsinstitutionen zeigen, dass es keinen ernsthaften politischen Willen gibt, Korruption effektiv zu bekämpfen.

Stattdessen schaffen die Monopolisierung der Macht in der Exekutive und das Fehlen effektiver Kontrolle über die Machthabenden eine ständige Versuchung, diese Macht sowohl für politische Zwecke (zur Machtkonsolidierung) als auch für korrupte Zwecke (zur persönlichen Bereicherung) zu missbrauchen.

Die einzigen Institutionen, die ihre Integrität gewahrt haben, sind NABU, SAPO und HACC. Gemeinsam mit der aktiven ukrainischen Zivilgesellschaft verhindern sie, dass das Land wieder in den Abgrund der Korruption zurückfällt – einen Weg, den die Ukraine nach 2014 eigentlich verlassen wollte.

Was sich ändern muss

Wenn die Ukraine überleben will – politisch, institutionell und moralisch – müssen nun mehrere dringende Schritte erfolgen:

1. Abkehr von der Monopolisierung der Macht

Im Krieg sind Wahlen laut Verfassung verboten, aber die Machtkonzentration in einer Hand ist ebenso

gefährlich. Der Präsident sollte die Monopolisierung der Macht aufgeben und stattdessen eine technokratische Regierung bilden – mit unabhängigen Expert:innen und reformorientierten Politiker:innen. Kompetenz muss Loyalität ersetzen.

2. Vollendung der Justizreform

Die unter Selenskyj begonnene Justizreform ist ins Stocken geraten und muss abgeschlossen werden. Die Justiz muss dringend unabhängig werden. Das Modell des Obersten Antikorruptionsgerichts – transparente Auswahl, überprüfte Richter:innen, öffentliches Vertrauen – sollte landesweit angewendet werden.

3. Reform der Staatsanwaltschaft und des Strafjustizsystems

Für die Leitung der Generalstaatsanwaltschaft muss eine unabhängige, qualifizierte Person ernannt werden, um Behördenkonflikte zu beenden und die Reform der Staatsanwaltschaft fortzuführen. Zudem braucht es eine umfassende Reform des Strafjustiz- und Sicherheitssektors nach den Prinzipien Unabhängigkeit, Professionalität und Integrität. Die Reform des Büros für Wirtschaftssicherheit – inzwischen geleitet von einem ehemaligen NABU-Ermittler – zeigt, dass institutioneller Wandel möglich ist.

4. Internationale Partner

Es muss offen über eine unbequeme Wahrheit gesprochen werden: Die stillschweigende Duldung durch internationale Partner, was die fortschreitende Verschlechterung der Regierungsführung, systemische Korruption sowie Angriffe auf Antikorruptionsinstitutionen und die Zivilgesellschaft angeht, ist Teil des Problems. Viele Partner haben jedoch diese Strategie des Schweigens gewählt, die von den ukrainischen Behörden als Zustimmung interpretiert wird. Schweigen lässt Probleme aber nicht verschwinden.

Ehrlichkeit erfordert Klarheit – auch wenn das Spannungen mit der ukrainischen Führung erzeugt. Die internationale Reaktion auf die Gesetze vom 22. Juli – die die Unabhängigkeit der Antikorruptionsinstitutionen bedrohten – zeigt, wie prinzipientreuer öffentlicher und internationaler Druck chaotische Entscheidungen stoppen und Reformkräfte stärken kann. Die EU und andere Partner verfügen über Zuckerbrot – aber sie müssen auch die Peitsche einsetzen.

Dies sind nur erste, aber entscheidende Schritte. Die vollständige Reformagenda liegt längst vor – klar formuliert in der jüngsten Bewertung der EU-Kommission zur Beitrittsfähigkeit der Ukraine (siehe S. 25). Ohne sie riskiert das Land nicht nur den Kampf gegen die gras-

sierende Korruption zu verlieren, sondern die staatliche Handlungsfähigkeit insgesamt.

Die Ukraine nach dem Energoatom-Skandal: Quo vadis?

Der Energoatom-Skandal ist nicht einfach nur ein weiterer Korruptionsfall. Er muss zum Wendepunkt für die Ukraine werden. Er ist eine Reifeprüfung für die Nation: Kann die Ukraine aus Fehlern lernen und eine Krise in Erneuerung verwandeln?

Die Reaktion der ukrainischen Führung und der internationalen Gemeinschaft wird bestimmen, wie es weitergeht: ob das Land die Reformgeschwindigkeit wie-

der erhöht, Integrität wiederherstellt und gestärkt daraus hervorgeht – oder ob alles unter Gleichgültigkeit und politischer Opportunität begraben wird.

Wenn sich jedoch nichts grundlegend ändert und der Skandal in wenigen Wochen vergessen sein wird, bin ich nicht sicher, ob die Ukraine als unabhängiger Staat überleben kann. Wenn jedoch die politische Führung – insbesondere der Präsident – der Realität ins Auge blickt und entschlossen handelt, könnte aber genau diese Krise der Moment sein, in dem die Ukraine beweist, dass sie die Korruption besiegen und der äußeren Aggressionen standhalten – und damit den Krieg an beiden Fronten gewinnen kann.

Über den Autor

Ruslan Rjaboschapka ist Mitbegründer des Centre for National Resilience and Development. Er war Generalstaatsanwalt der Ukraine (2019–2020), stellvertretender Leiter des Präsidialbüros, Mitglied der Nationalen Agentur zur Korruptionsprävention und stellvertretender Justizminister. Er gilt als einer der Architekten der ukrainischen Antikorruptionsgesetze von 2014 und spielte eine entscheidende Rolle beim Aufbau der unabhängigen Antikorruptionsinstitutionen. Für seine Arbeit an den Korruptionsreformen und der Reform der Staatsanwaltschaft wurde er 2021 vom US-Außenministerium als »Anti-Corruption Champion« ausgezeichnet.

Der ukrainische Staat im Ausnahmezustand: Zentralisierung, Machtkampf und der Versuch institutioneller Selbstreinigung

Nicole Sherstyuk (Freie Universität Berlin, Berlin)

Der anhaltende russische Angriffskrieg versetzt den ukrainischen Staat in eine konstitutionelle Ausnahme-situation. Eine Zentralisierung der Exekutiv-macht ist unter Kriegerrecht erwartbar, und dieser Prozess lässt sich seit Beginn der Vollinvasion Schritt für Schritt nachzeichnen (siehe Ukraine-Analysen 299). Eine sicherheitspolitische Sonderlogik begleitet und verstärkt diese Entwicklung. Gleichzeitig befindet sich die Ukraine in einem tiefgreifenden Transformationsprozess, der auf Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und die schrittweise Erfüllung des *acquis communautaire* im Rahmen des EU-Beitritts ausgerichtet ist. Diese Gleichzeitigkeit erzeugt eine Spannung, in der sich die aktuellen Macht- und Reformdynamiken entfalten.

Eine (unveröffentlichte) Studie aus dem Jahr 2023 zeigte auf, wie verletzlich ukrainische Verwaltungsstrukturen im Kern sind. In einigen öffentlichen Behörden fehlten damals bis zu 200 Mitarbeitende – ein strukturelles Kapazitätsdefizit. Das Problem existierte bereits vor der Vollinvasion 2022, hat sich seitdem jedoch weiter verschärft und erzeugt heute noch umfassendere Lösungsbedarfe.

Diese Fragilität bildet den institutionellen Hintergrund, vor dem sich Korruptionsbekämpfung heute

abspielt: keine reine Reformforderung, sondern eine sicherheitspolitische Notwendigkeit. Ein korrupter Beschaffungsprozess kann im Kriegszustand unmittelbare militärische Konsequenzen haben und auch die EU-Integration gefährden. Wenn auf regionaler Ebene, also in den Oblasten und lokalen Verwaltungsstrukturen, Logistik- oder Entscheidungsnetzwerke durch Patronage oder Korruption blockiert werden, sind Versorgungslinien und operative Abläufe bedroht. Informelle Patronage untergräbt das Vertrauen internationaler Partner.

Institutionelle »Selbstreinigung«

Gemeint ist ein Staat, der im Ausnahmezustand gezwungen ist, Machtmissbrauch und dysfunktionale Strukturen aufzubrechen, weil er schlicht nicht anders kann. Beispiele finden sich im jüngsten Bericht der Europäischen Kommission (European Commission, 2025):

- Die Reform der Asset Recovery and Management Agency (ARMA) im Juni 2025 führte zu einem neuen System für die Auswahl des Leiters, verpflichtenden externen Audits und einer Überarbeitung des Asset-Managements
- Im Justizbereich wurde Ende 2024 ein autonomes Disziplinarinspektorat (SDI) eingerichtet, um über

11.000 Beschwerden gegen Richter zu bearbeiten – ein Schritt zur Stärkung interner Kontrolle

- Digitale Transparenz-Initiativen wie das E-Beschaffungssystem Prozorro und das für den Wiederaufbau geschaffene Digital Restoration Ecosystem (DREAM) sichern öffentliche Investitionen und mindern Korruptionsrisiken
- Schließlich bleibt die Beteiligung internationaler Expert:innen in Auswahlverfahren für Richter:innen und HACC-Personal trotz politischem Widerstand bestehen, ein Garant für Integrität

Diese Beispiele zeigen: Reformen entstehen nicht aus politischem Idealismus, sondern aus sicherheitspolitischer Notwendigkeit und dem Druck, die Funktionsfähigkeit des Staates im Krieg zu erhalten. Das Bild des »Self-cleaning Systems« beschreibt daher keinen idealisierten Reformprozess. Viele Korruptionsfälle der letzten Monate, etwa um ehemalige regierungsnahe Akteur:innen oder lokale Machtzentren, sind nur vor diesem Hintergrund verständlich. Die Reformprozesse zeigen aber auch eine tiefgreifende innenpolitische Auseinandersetzung zwischen etablierten Netzwerken und neuen institutionellen Akteur:innen sowie eine Intensivierung der Konfliktlinien zwischen dem ukrainischen Sicherheitsdienst SBU und den Anti-Korruptionsbehörden.

Odesa und Kyjiw als Schauplätze für Machtverschiebungen

Diese Reibungspunkte wurden im Sommer öffentlich sichtbar und unterstrichen, dass dieser Wandel alles andere als geradlinig verläuft. Obwohl die Gefährdung der Unabhängigkeit des Nationalen Antikorruptionsbüros (NABU) und der Sonderstaatsanwaltschaft für Korruption (SAPO) vorerst abgewendet wurde, war der Vorfall dennoch bezeichnend: Er zeigt, dass weiterhin einflussreiche politische Akteur:innen versuchen, institutionelle Kontrolle zurückzugewinnen.

Auch dies ist kein neues Phänomen. Reformprozesse sind häufig durch das Ringen zwischen etablierten Netzwerken und neuen institutionellen Akteur:innen geprägt. Die aktuellen Entwicklungen (z. B. der Minditsch-Skandal im November 2025, die Rücknahme des Gesetzes zur Einschränkung der Unabhängigkeit von NABU und SAPO nach Protesten und internationalem Druck) lassen vermuten, dass diese Auseinandersetzung nun in ein sicherheitspolitisch aufgeladenes Umfeld eingebettet ist, was die Dynamik zusätzlich verschärft.

Ein anschauliches Beispiel hierfür findet sich in Odesa. Die Entmachtung des langjährigen Bürgermeisters Truchanow vor wenigen Wochen im Oktober (DW, 2025) und die Einsetzung einer Militärverwaltung folgen offiziell einer sicherheitspolitischen Logik: dem Schutz der Stadt mit ihrer großen strategischen und infrastrukturalen Bedeutung.

Die Entscheidung lässt sich aber nicht vollständig von den langen Schatten lokaler Patronage trennen und es bleibt offen, warum der Schritt genau jetzt erfolgte. Odesa, geprägt durch Hafenwirtschaft und informelle Logistikstrukturen, war schon vor dem Krieg ein neuralgischer Punkt. Dass gerade diese Stadt nun stärker unter zentralistische Kontrolle gestellt wird, verweist auf zwei Ebenen: die reale sicherheitspolitische Lage und die Gelegenheit, lang bestehende Machtstrukturen aufzubrechen. Der Krieg wirkt hier wie ein Beschleuniger institutioneller Neuordnung, erzeugt aber zugleich neue Risiken, etwa durch die wachsende Lücke an Fachkräften und Expertise in den Verwaltungen, die sich weiter vertieft.

Die Hauptstadt Kyjiw wiederum zeigt eine andere Form der Auseinandersetzung: Neben der seit 2022 eingesetzten Militärverwaltung verfügt die Stadt weiterhin über eine funktionierende zivile Verwaltung; der Stadtrat arbeitet, Bürgermeister Klitschko bleibt im Amt – auch wenn immer wieder kolportiert wird, dass sein Stuhl wackelt. Beide Verwaltungsebenen, die zivile und die militärische, existieren nebeneinander und überschneiden sich teilweise in ihren Kompetenzen.

Antikorruptionsarchitektur unter Druck

Der Minditsch-Fall zeigt (Politico, 2025), dass institutionelle Selbstreinigung bis ins Umfeld der Präsidentenpartei reicht. Dass hier eine großangelegte Korruptionsermittlung angestoßen wurde, markiert einen bedeutsamen Wendepunkt. Er ist zweifach relevant: Erstens, weil Anti-Korruptionsmaßnahmen sich nicht mehr nur auf lokale Apparate oder kommunale Machtzentren richten. Auch wenn Ermittlungen gegen höhere Ebenen schon zuvor stattfanden, erhalten sie nun eine neue Sichtbarkeit und sicherheitspolitische Bedeutung. Zweitens, weil der Fall vor dem Hintergrund des abgeschlossenen EU-Screenings zusätzliche Bedeutung erhält: Mit dem erfolgreichen Abschluss des Screenings von Kapitel 22 (»Regionalpolitik und Koordinierung der Strukturinstrumente«) am 29.–30. September 2025 hat die Ukraine einen wichtigen formalen Schritt im Beitrittsprozess vollzogen und ihre Bereitschaft zur weiteren Angleichung an den EU-Acquis unterstrichen. Der Minditsch-Skandal wird damit zur Bewährungsprobe für die praktische Durchsetzung institutioneller Unabhängigkeit und für die Glaubwürdigkeit der Antikorruptionsarchitektur im Kontext des EU-Beitrittsprozesses.

Die Regierung steht unter massivem Handlungsdruck und muss Entscheidungen priorisieren, die unmittelbare Sicherheit gewährleisten. Hier entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen kurzfristigen sicherheitspolitischen Zwängen und der längerfristigen Verpflichtung, eine verlässliche, verantwortungsvolle öffentliche Verwaltung aufzubauen, die demokratischen Standards entspricht und im öffentlichen Interesse handelt.

Die Ukraine befindet sich in einem historischen Moment: Das Land muss sich nach außen verteidigen und nach innen reformieren. Zentralisierung und Selbstkontrolle wirken somit gleichzeitig – ein widersprüchliches, aber notwendiges Arrangement. Der Krieg hat viele alte informelle Netzwerke offengelegt und zerstört, aber zugleich neue Grauzonen geschaffen. Entscheidend wird

sein, ob der Staat nach dem Krieg in der Lage ist, vom Ausnahme- in den Reformmodus zurückzuschalten und eine Rückkehr zu unabhängigen Institutionen und einer verlässlichen öffentlichen Verwaltung zu gewährleisten. Ob dies gelingt, wird darüber entscheiden, wie belastbar die demokratischen und institutionellen Strukturen der Ukraine in den kommenden Jahren sein werden.

Über die Autorin

Nicole Sherstyuk ist Politik- und Wirtschaftswissenschaftlerin (M.A.) und arbeitet bei EY im Bereich Political & Economic Advisory. Sie forscht zu EU-Erweiterung und Governance-Reformen im Kontext des ukrainischen EU-Beitrittsprozesses. Aktuell absolviert sie ein LLM-Studium an der Freien Universität Berlin mit Schwerpunkt auf europäischem Wettbewerbs- und Regulierungsrecht.

Literatur

- Deutsche Welle (2025): Ukraine: Selenskyj stellt Odessa unter Militärverwaltung, 15.10.2025, <https://www.dw.com/de/odessa-ukraine-milit%C3%A4rverwaltung-b%C3%BCrgermeister-staatsb%C3%BCrgerschaft-pass-hennadij-truchanow/a-74366926>.
- European Commission (2025): 2025 Communication on EU enlargement policy, 04.11.2025, https://enlargement.ec.europa.eu/document/download/17115494-8122-4d10-8a06-2cf275eecd7_en?filename=ukraine-report-2025.pdf.
- Politico (2025): Zelenskyy sanctions former business partner implicated in \$100M corruption scandal, 13.11.2025, <https://www.politico.eu/article/volodymyr-zelenskyy-sanctions-former-business-partner-implicated-100m-corruption-scandal/>.
- Ukraine-Analysen 299: Exekutiv-legislative Beziehungen und die Zentralisierung der Macht im Krieg, 30.05.2024, <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/299/ukraineanalysen299.pdf>.

Die ukrainische Zivilgesellschaft hält stand

Emma Mateo (Harvard Ukrainian Research Institute, Cambridge, Massachusetts)

Die Proteste [im Sommer] in der Ukraine mögen kurz gewesen sein. Doch sie sind wichtig. Die Demonstrierenden erreichten nicht nur rasch Zugeständnisse der Regierung, die entscheidend für den Schutz der ukrainischen Anti-Korruptionsreformen sein könnten, sondern sie zeigten auch, dass die ukrainische Zivilgesellschaft aktiv, engagiert und in der Lage ist, sich landesweit schnell zu mobilisieren, um auf unpopuläre Regierungsentscheidungen zu reagieren – und das trotz des Kriegs. Bilder von Demonstrierenden in Kyjiw und Lwiw waren recht weit verbreitet. Doch man sollte auch beachten, dass diese Proteste im ganzen Land aufkamen – vielleicht schneller als jede Protestwelle, die es zuvor in der Ukraine gab, einschließlich des Euromaidan 2013–14.

Ich arbeite daran, diese Protestereignisse in der gesamten Ukraine nachzuzeichnen, basierend auf der regionalen Berichterstattung von Suspilne, dem ukrainischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sowie lokalen Nachrichtenseiten. Obwohl die meisten Proteste klein blieben, waren sie weit über die Ukraine verteilt – auch in Städten und Gemeinden, die besonders gefährdet sind durch russische Angriffe und Beschuss. Diese Kartie-

rung ist ein laufendes Projekt, und die Quellen berichten möglicherweise zu wenig über kleinere Proteste in Städten, die keine Regionalhauptstädte sind. Doch selbst wenn wir wissen, dass einige Proteste untererfasst sind, ist das Ausmaß beeindruckend (s. Karte auf S. 18).

Am 22. Juli, dem Tag, an dem das Gesetz verabschiedet wurde, das die Unabhängigkeit der ukrainischen Anti-Korruptionsbehörden untergräbt, fanden in mindestens fünfzehn Städten und Gemeinden Proteste statt. Diese Demonstrationen zogen sich über die gesamte Ukraine – von Charkiw im Osten und Odesa im Süden bis nach Sumy im Norden sowie Lwiw und Iwano-Frankiwsk im Westen.

Am nächsten Abend hatte sich der öffentliche Unmut verstärkt, und die Menschen hatten mehr Zeit zur Mobilisierung. So kam es am 23. Juli in mindestens 27 Orten zu Protesten, darunter in allen Regionalhauptstädten unter ukrainischer Kontrolle – außer in Cherson, wo das Ausbleiben von Protesten vermutlich auf regelmäßige gezielte Drohnenangriffe gegen die Zivilbevölkerung zurückzuführen ist. Kundgebungen fanden unter anderem auch in Bila Zerkwa, Krywyj Rih, Krem-

entschuk, Drohobytch, Mukatschewo und Ismajil statt. Der 23. Juli war der größte Protesttag – sowohl hinsichtlich der Zahl der Orte als auch der Teilnehmenden. In 18 Städten nahmen mehr als 100 Menschen teil, und in Charkiw, Lwiw und Kyjiw gingen jeweils mehr als ein tausend Menschen auf die Straße. Am nächsten Tag (24. Juli) wurden etwas weniger Proteste gemeldet, denn am Abend erschien als Reaktion auf die öffentliche Kritik ein neuer Gesetzentwurf auf der Website des ukrainischen Parlaments. Da Präsident Selenskyj offenbar auf die Forderungen der Demonstrierenden hörte, ging die Zahl der Proteste am darauffolgenden Tag (25. Juli) auf rund vierzehn Städte zurück.

Am 30. Juli – dem Abend vor der geplanten Parlamentsabstimmung über den neuen Gesetzentwurf – erreichte die Protestwelle erneut einen Höhepunkt, um Druck auf die Regierung auszuüben, die Änderungen tatsächlich umzusetzen. In mindestens 22 Städten fanden Proteste statt, wenngleich (mit der Aussicht auf Erfolg) weniger Demonstrierende kamen als zuvor. Die meisten dieser Kundgebungen – mit Ausnahme von Kyjiw, Odesa, Lwiw, Charkiw und Iwano-Frankiwsk – zählten weniger als 100 Menschen. Am nächsten Tag stimmte das Parlament für den neuen Gesetzentwurf, und Selenskyj unterzeichnete ihn umgehend. Seither haben sich die Proteste gelegt, doch Aktivist:innen beobachten die Lage nun sehr genau.

Diese landesweiten Proteste wiesen viele Gemeinsamkeiten auf. Die Teilnehmenden versammelten sich friedlich vor lokalen Verwaltungsgebäuden oder auf zentralen Plätzen. Parteifahnen oder politische Symbole waren nahezu vollständig – und bewusst – abwesend. Stattdessen hielten die Menschen Pappschilder mit handgeschriebenen Parolen. Die Slogans waren klar auf das Thema fokussiert und richteten sich gegen das neue Gesetz zu NABU und SAP oder gegen Korruption im Allgemeinen. Häufig kamen Humor und Kreativität, aber auch Schimpfwörter zum Einsatz.

Junge Menschen waren ein wichtiger Teil der Proteste. Die großen Demonstrationen in Großstädten wie Kyjiw, Lwiw und Charkiw waren möglicherweise sogar noch diverser als jene in regionalen Städten, wo besonders auffiel, wie jung viele der Teilnehmenden waren.

Hier führten oft Gruppen von Schüler:innen, Studierenden und jungen Erwachsenen im Teenager- und Zwanzigeralter die Proteste an, häufig unterstützt von älteren Frauen und Kriegsveteran:innen.

Studentische Netzwerke scheinen eine wichtige Rolle bei der Organisation der regionalen Proteste gespielt zu haben, obwohl in einigen Städten erfahrene Aktivist:innen vorangingen. Aufrufe zu Protesten verbreiteten sich über Instagram – per Posts und Stories – sowie über öffentliche Telegram-Kanäle, während die eigentliche Organisation in privaten Chats und Telegram-Gruppen erfolgte. Lokale NGOs – nicht nur, aber auch Jugendorganisationen – spielten ebenfalls eine Rolle, besonders in Städten mit einer etablierten lokalen Zivilgesellschaft, z. B. Tschernihiw und Luzk.

Man sollte nicht außer Acht lassen, dass diese landesweiten Proteste im Kontext eines umfassenden Krieges stattfanden. Demonstrierende gingen sogar in Städten nahe der Front oder mit hoher Beschussgefahr auf die Straße – etwa in Mykolajiw, Odesa, Charkiw, Saporischschja und Sumy. Die Menschen passten sich den Bedingungen des Krieges an. In Sumy beispielsweise riefen Organisator:innen dazu auf, ihre Protestplakate an bestimmten Orten in der Stadt zu hinterlassen, statt sich in Gruppen zu versammeln. Und mehr als einmal mussten Kundgebungen wegen Luftalarms abgebrochen werden.

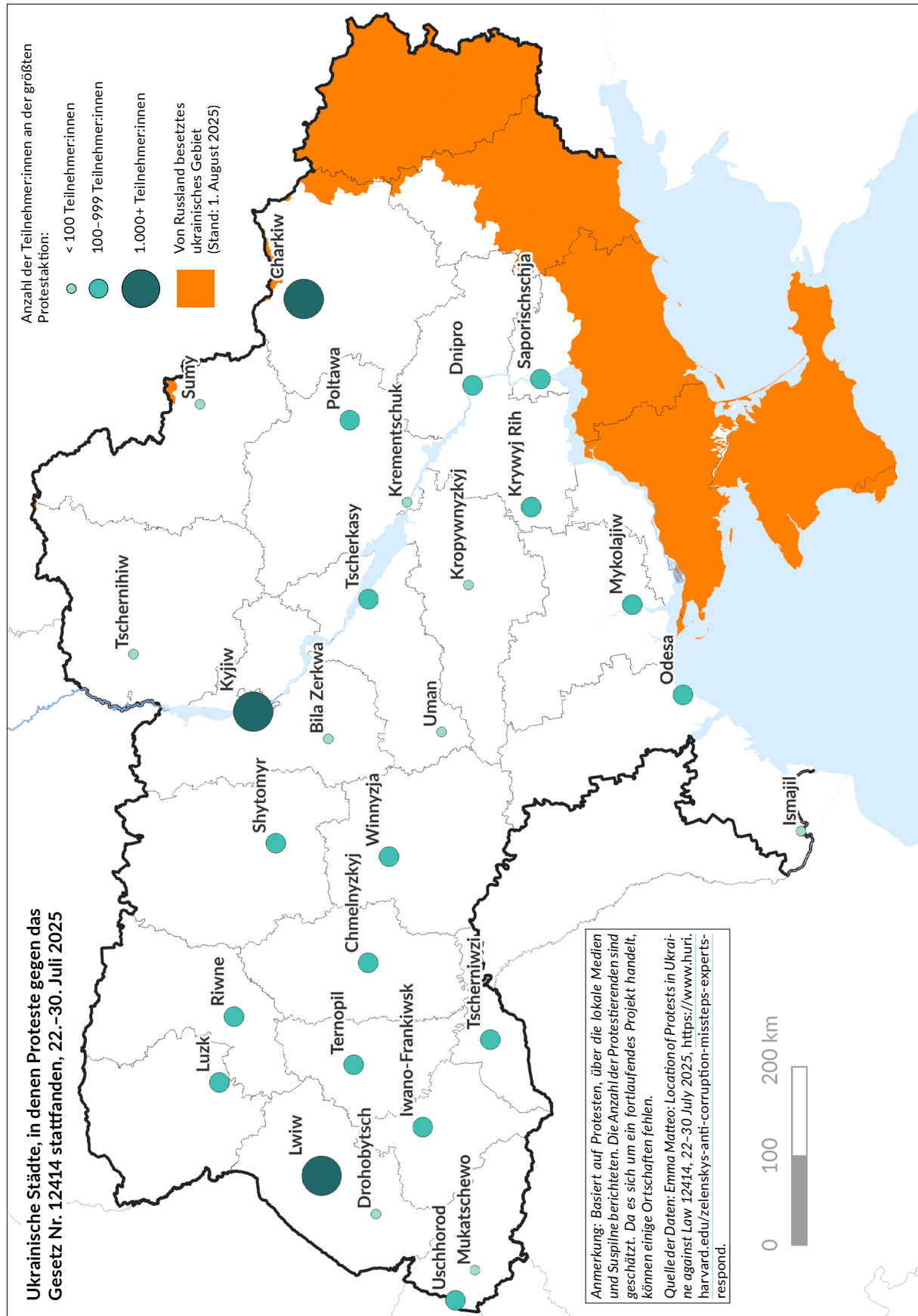
Das geografische Ausmaß dieser Proteste ist ein Beleg für die anhaltende Stärke der ukrainischen Zivilgesellschaft. Viele der Organisierenden und Teilnehmenden sind Aktivist:innen, Freiwillige oder anderweitig lokal engagierte Bürger:innen. Der starke Anteil junger Menschen zeigt, dass die Generation, die während des Euro- Maidan noch im Kindesalter war, inzwischen ihr eigenes Netzwerk an zivilgesellschaftlichen Führungspersönlichkeiten und Aktivist:innen entwickelt – trotz der tiefgreifenden Umbrüche durch COVID-19 und den Krieg. Menschen in der ganzen Ukraine haben ihrer Regierung gezeigt, dass sie bereit und willens sind, die demokratische Entwicklung des Landes zu verteidigen, selbst angesichts der existenziellen Bedrohung durch die russische Invasion.

Der Text erschien zunächst auf der Website des Harvard Ukrainian Research Institute (HURI) unter dem Titel »Zelensky's Anti-Corruption Missteps: Experts Respond« und ist frei zugänglich unter <https://www.huri.harvard.edu/zelenskys-anti-corruption-missteps-experts-respond>. Dort sind auch zahlreiche Links zu den Protesten hinterlegt.

Wir danken der Autorin und dem HURI für die Erlaubnis zur Nachnutzung.

Über die Autorin

Dr. Emma Mateo ist Mihaychuk Postdoctoral Research Fellow am Harvard Ukrainian Research Institute an der Universität Harvard. Als Soziologin beschäftigt sie sich in ihrer Forschung mit Protest, Zivilgesellschaft und politischem Verhalten in der Ukraine.



ANALYSE

Jung, weiblich, erfolgreich: Die Proteste im Sommer 2025 für die Unabhängigkeit der Antikorrupsionsbehörden

Danyil Karakai, Valentyn Hatsko, Ruslana Moskotina (alle Kyiv School of Economics, Kyjiw)

DOI: 10.31205/UA.322.03

Zusammenfassung

Im Juli 2025 organisierten Ukrainer:innen ihre ersten Massenproteste seit Beginn der russischen Völlinvasion, nachdem das Parlament die Unabhängigkeit zweier Antikorrupsionsbehörden eingeschränkt hatte. Um mehr über die Proteste zu erfahren, befragten wir am 30. Juli insgesamt 388 Demonstrierende auf dem zentralen Iwan-Franko-Platz in Kyjiw. Die Ergebnisse zeigen, dass die Teilnehmenden überwiegend jung waren, häufiger Frauen und größtenteils berufstätig oder im Studium. Der Protest zentrierte sich nicht auf ein einziges Thema. Stattdessen äußerten die Teilnehmenden eine breite Palette von Motiven, wie den Schutz der Anti-Korruptionsinstitutionen, die Sichtbarkeit und Solidarität der Protestierenden, die Artikulation einer zivilgesellschaftlichen Haltung und den Widerstand gegen autoritäre Tendenzen. Die Mobilisierung erfolgte hauptsächlich über Medienaufrufe und soziale Netzwerke, was den spontanen und dezentralen Charakter der Proteste unterstreicht.

Einleitung

Nach einer langen Pause kehrten in der Ukraine Massenkundgebungen zurück, als am 22. Juli die Werchowna Rada das Gesetz Nr. 4555 (Gesetzentwurf Nr. 12414) verabschiedete, das die Unabhängigkeit des Nationalen Antikorrupsionsbüros (NABU) und der Sonderstaatsanwaltschaft für Korruption (SAPO) einschränkte. Als Reaktion brachen in verschiedenen ukrainischen Städten Proteste aus. Etwa eine Woche später, am 31. Juli, stimmte die Werchowna Rada für einen neuen Gesetzentwurf, der Teile der Bestimmungen des Gesetzes Nr. 4555 wieder aufhob. Die Proteste endeten.

Medienberichte über die Proteste boten kontrastierende Darstellungen – von patriotischen Jugendlichen bis zu »bezahlten Studierenden«. Doch wenig war darüber bekannt, wer tatsächlich teilgenommen hatte. Um über Fotos und anekdotische Interviews hinauszugehen, führten wir eine persönliche Befragung unter den Demonstrierenden durch.

Methodik

Die Umfrage fand am 30. Juli zwischen 19:30 Uhr und 22:10 Uhr auf dem Iwan-Franko-Platz in Kyjiw statt – einen Tag vor der geplanten Sitzung der Werchowna Rada, bei der mehrere Gesetzentwürfe zu den Befugnissen von NABU und SAPO beraten werden sollten. Wir wählten dieses Datum, weil eine große Kundgebung für 20:00 Uhr angekündigt war und öffentlich zur Teilnahme aufgerufen wurde. Die Abstimmung am Folgetag sollte tagsüber stattfinden, wenn viele Menschen arbeiten, weshalb am 30. Juli die größte Menschenmenge erwartet wurde. Die Befragung erfolgte persönlich mithilfe von Papierfragebögen unter Personen ab 18 Jahren. Wir befragten ausschließlich Erwachsene, da die Befragung Minderjähriger die Einwilligung von

Eltern oder Erziehungsberechtigten erfordert hätte, die bei einem Protest realistischerweise nicht eingeholt werden kann. Die Interviews wurden von Studierenden der Kyiv School of Economics durchgeführt.

Die Auswahl der Befragten erfolgte zweistufig und an den Standort angepasst. Zunächst befragten wir Personen an den Eingängen zum Platz und wählten systematisch alle 6 bis 15 Personen jemanden aus, abhängig von der Intensität des Zustroms. Später, nachdem die Protestierenden sich versammelt hatten, arbeiteten die Interviewer:innen innerhalb des Platzes. In dieser Phase wurde allen Interviewer:innen ein Abschnitt des Platzes zugewiesen, in dem alle 10 Schritte eine Person befragt wurde. Wir befragten in zwei Phasen, um die begrenzte Zeit der Kundgebung optimal zu nutzen und um sicherzustellen, dass wir trotz möglicher dichter Menschenmengen überall Zugang fanden. Durch die Auswahl in festen Intervallen wollten wir Verzerrungen reduzieren, die durch persönliche Präferenzen der Interviewer:innen entstehen könnten (z. B. Auswahl »freundlicher« oder »zugänglicher« Personen).

Insgesamt sammelten wir 387 Fragebögen. Zusätzlich verteilten wir Flyer mit einem Link zu einer Online-Umfrage mit identischem Fragebogen. Dies führte zu acht weiteren Antworten. Sieben Interviews mit Journalist:innen oder Ausländer:innen wurden nicht berücksichtigt, sodass 388 gültige Interviews übrig blieben. Daten, Fragebogen und eine detaillierte Beschreibung der Methode sind verfügbar auf *Discuss Data* (Karakai, Hatsko & Moskotina, 2025).

Alter, Geschlecht und Beschäftigung der Protestierenden

Frauen stellten die Mehrheit in der Stichprobe: 56,7 % gegenüber 43,3 % Männern. Die Altersverteilung (Grafik 1 auf S. 23) zeigt den jugendlichen Charakter des

Protests, obwohl wir nur Personen ab 18 Jahren befragten. Nach unseren Schätzungen waren bis zu 5 % der Anwesenden unter 18. Die größten Gruppen waren 18–24-Jährige (40,4 %) und 25–34-Jährige (31,9 %), die zusammen mehr als 70 % der Teilnehmenden ausmachten. Die Gruppe der 35–44-Jährigen lag bei 16,8 %, ältere Kohorten waren klein. Das Medianalter lag bei 27 Jahren – das bedeutet, dass die Hälfte der Demonstrierenden am 30. Juli Menschen waren, die während des Euromaidan noch zur Schule gingen.

Die berufliche Struktur (Grafik 2 auf S. 23) bestätigt nur teilweise den »Studentencharakter« des Protests: 27,4 % der über 18-jährigen Protestierenden waren an Hochschulen eingeschrieben, während etwa drei Viertel (74,9 %) erwerbstätig waren (einschließlich arbeitender Studierender). Die Wahl von 20:00 Uhr als Beginn der Kundgebung erleichterte es ihnen daher, nach der Arbeit teilzunehmen. Der Anteil aktiver Soldat:innen der Streitkräfte war gering (2,6 %), wobei es angesichts der Dienstbeschränkungen bemerkenswert ist, dass sie überhaupt teilnehmen konnten. Der Anteil derjenigen, die weder arbeiteten noch dienten (einschließlich Studierender, Rentner:innen, Personen in Elternzeit und Menschen mit Pflegeverantwortung), lag bei 20,4 %. Mit anderen Worten: Nur eine Minderheit der Protestierenden befand sich außerhalb des Arbeitsmarktes – entgegen dem Mediendiskurs der »arbeitslosen Protestierenden«.

Zum Vergleich: Bei der Maidan-Kundgebung im Dezember 2013 betrug das Durchschnittsalter 36 Jahre (38 % waren jünger als 30) und Männer stellten die Mehrheit (56 % gegenüber 44 % Frauen) (DIF, 2013). Am Iwan-Franko-Platz zeigt sich das Gegenteil: eine Mehrheit von Frauen und ein deutlich höherer Anteil junger Menschen. Studierende waren doppelt so stark vertreten (27,4 % gegenüber 12 %), während Rentner:innen und Arbeitslose kaum teilnahmen. Damit war der Juli-Protest deutlich »jünger« und »weiblicher« als die Maidan-Proteste. Dies dürfte durch den Kriegszustand erklärbar sein: Viele Männer dienen in den Streitkräften, andere meiden Menschenansammlungen aus Angst vor Mobilisierung. Der hohe Anteil der unter 25-jährigen könnte ebenfalls mit der Mobilisierung zusammenhängen (da die Einberufung ab diesem Alter beginnt) sowie mit dem starken demokratischen Engagement junger Menschen und ihrer geringen Toleranz gegenüber Korruption vor dem Hintergrund wachsender Enttäuschung über den Zustand der Demokratie (Tamilina, 2024).

Die Mehrheit der Teilnehmenden am 30. Juli hatte bereits an den ersten Protesttagen, dem 22. und 23. Juli, teilgenommen – 68,8 % nahmen an mindestens einem der beiden Tage teil (42,4 % am 22. Juli, 63,4 % am 23. Juli). Hingegen waren am 30. Juli nur 17,8 % der Teilnehmenden »neue Gesichter« (s. Grafik 3 auf S. 23).

Nach Berichten am 23.–24. Juli über einen alternativen Gesetzentwurf wurde in der Protestbewegung über Taktiken debattiert: Einige riefen zu täglichen Kundgebungen auf, andere plädierten dafür, sich auf den 30. Juli zu konzentrieren – den Tag vor der Abstimmung – wobei Kritiker:innen ihnen vorwarfen, »den Protest zu verwässern«. Beide Gruppen waren gut vertreten: Ein Drittel (33 %) bildete einen aktiven Kern, der an vier oder mehr Tagen teilnahm, darunter 7,9 %, die an allen sechs Tagen dabei waren, während 25,9 % am 22.–23. Juli teilgenommen und erst am 30. Juli wieder teilgenommen hatten.

Motive der Protestierenden

Wir stellten den Befragten eine offene Frage: »Wie würden Sie den Zweck Ihrer Teilnahme an diesen Versammlungen in einem Satz formulieren?« Die offenen Antworten wurden über die ChatGPT-Plattform mit dem GPT-5-Modell codiert. Mit diesem Werkzeug identifizierten wir die Hauptthemen der Antworten, codierten den Datensatz und führten eine erste Überprüfung durch (OpenAI, 2025). Die endgültige Codierung und die Überprüfung erfolgten manuell. Eine Antwort konnte mehreren Themen-Codes zugeordnet werden.

Die Agenda des Protests war nicht auf ein oder zwei dominante Themen konzentriert: Kein Thema erreichte mehr als ein Viertel der Antworten, und die Bandbreite der Motive war sehr vielfältig (s. Tabelle 1 auf S. 24).

Die am häufigste genannte Kategorie war die Unabhängigkeit der Anti-Korruptionsinstitutionen NABU und SAPO (21,4 %), oft formuliert als »Unabhängigkeit wiederherstellen« oder »Anti-Korruptionsorgane vor dem Einfluss der Regierung schützen«.

Die zweitgrößten Motivgruppen betrafen die Sichtbarkeit des Protests und gegenseitige Solidarität (15,8 %) (»wir müssen zeigen, dass wir viele sind«, »um diejenigen zu unterstützen, die Rechte in unserem Land verteidigen«) sowie die Artikulation einer zivilgesellschaftlichen Haltung (14,2 %) (»damit ich gehört werde«, »um zu zeigen, dass es mir nicht egal ist«, »wenn nicht ich – wer dann«).

Die dritte Gruppe, jeweils von etwa einem Zehntel der Befragten genannt, konzentrierte sich auf die Verhinderung der widerrechtlichen Machtübernahme und Autoritarismus (11,3 %) (»nicht zulassen, dass ein autoritärer Staat entsteht«, »gegen Usurpation und Diktatur«), sowie auf pragmatische Forderungen – Änderungen des Gesetzes (10,0 %) und die Aufrechterhaltung von Druck auf die Behörden (9,5 %) (»den Behörden zeigen, dass das Volk gegen diese Entscheidungen ist«, »zeigen, dass dies inakzeptabel ist«).

Weniger häufig nannten die Befragten den Protest gegen Korruption als solche (7,4 %) (»ich möchte in einem Staat ohne Korruption leben«, »das Rückgrat der

ukrainischen Korruption brechen») sowie emotionale Motive – Wut, Müdigkeit oder Angst (6,1 %) («wir sind es leid, dass die Behörden dem Volk ins Gesicht spucken», «unsere Geduld war zu Ende, als staatliche Institutionen zerstört wurden», «so darf man uns nicht behandeln»).

Werteorientierte und langfristige Motive wurden seltener genannt: Europäische Integration und Reformverpflichtungen (5,3 %) («den Weg zur EU bewahren», «damit die Regierung einen pro-europäischen Kurs nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten verfolgt»); Zukunftsperspektiven (5,3 %) («für ein freies Land für meine Kinder», «Kampf für ein besseres Leben»); Verteidigung von Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit (5,0 %) («für einen Rechtsstaat», «Gerechtigkeit wiederherstellen»); Unzufriedenheit mit der Regierung (5,0 %) («Protest gegen illegale und korrupte Aktionen der Regierung», «der Regierung nicht erlauben, einen Fehler zu machen»); und der Kampf für Demokratie (4,5 %) («um die Ausbreitung des Autoritarismus in der Ukraine zu stoppen», «Rechtsstaatlichkeit, demokratische Institutionen, demokratische Entwicklung des Landes», «zeigen, dass Ukrainer:innen die Macht haben und ihnen der Weg zu einer demokratischen Zukunft verwehrt wird»).

Wir codierten Antworten als »Unzufriedenheit mit den Entscheidungen/Handlungen der Regierung«, wenn die Person explizit diese Handlungen erwähnte, nicht jedoch die Taten einzelner Politiker:innen. Antworten wurden als »Kampf für Demokratie« codiert, wenn ausdrücklich der Schutz demokratischer Werte erwähnt wurde. Wir wissen nicht, was jede Person konkret unter »Demokratie« verstand oder ob sie glaubte, dass die demokratische Ordnung in der Ukraine bedroht sei. Daher codierten wir dieses Thema nicht als »Kampf gegen Autoritarismus«.

Eine kleinere Gruppe erwähnte Unzufriedenheit mit der Regierung als solcher (2,9 %) («Unzufriedenheit mit der aktuellen Regierung», «persönlicher Protest gegen die Handlungen des Präsidenten», «Unzufriedenheit mit Selenskyjs Führungsstil ausdrücken»), die Forderung nach Transparenz (1,8 %) («Transparenz staatlicher Entscheidungen», «Offenheit und demokratische Verfahren fordern»), Kritik am Verfahren der Gesetzesverabschiedung (1,6 %) («Protest gegen verfassungswidrige Änderungen», «Verurteilung der Art, wie das Gesetz verabschiedet wurde»), und einige sagten schlicht, sie seien gekommen, «um zu schauen» (1,6 %).

Obwohl die wichtigsten Motive in allen Altersgruppen ähnlich waren – Schutz der Anti-Korruptionsinstitutionen, Ausdruck der eigenen zivilen Haltung, Solidarität –, zeigten sich Unterschiede. Ältere Teilnehmende über 35 Jahren nannten mit 17,8 % seltener als Jüngere die Unabhängigkeit von NABU/SAPO (bei den 18 bis 24-jährigen waren es 23,0 %, bei den 25 bis 34-jährigen 22,9 %), eigene zivilgesellschaftliche Haltung (10,3 % vs.

15,8 % und 15,3 %), und konkrete Forderungen nach Gesetzesänderungen (5,6 % vs. 11,2 % und 12,7 %).

Dafür nannten ältere Teilnehmende häufiger das Motiv, die widerrechtliche Machtübernahme und Autoritarismus zu verhindern (15,0 % vs. 7,9 %), Zukunftsperspektiven (9,3 % vs. 5,3 % und 1,7 %) und Unzufriedenheit mit der Regierung als solcher (5,6 % vs. 1,3 % und 1,7 %).

Die 25 bis 34-jährigen betonten stärker als andere Gruppen den Druck auf die Behörden (14,4 % vs. 7,2 % bei den 18 bis 24-jährigen und 7,5 % bei der über 35-jährigen).

Was brachte Menschen dazu, teilzunehmen?

Wir fragten die Teilnehmenden, was sie konkret dazu veranlasst hatte, zum Protest zu kommen (Grafik 4 auf S. 24). Am häufigsten wurden öffentliche Aufrufe in den Medien, durch Blogger:innen und in Protest-Communities genannt (50,3 %), gefolgt von Beiträgen von Bekannten in sozialen Netzwerken (30,4 %) und direkten Einladungen von Verwandten und Freund:innen (16,8 %). Seltener erwähnt wurden die Zugehörigkeit zu organisierten Gruppen (11,8 %), das Beispiel nehmen an Personen, die zuvor protestiert hatten (10,7 %), persönliche Initiative (8,1 %) sowie eine spontane Entscheidung vor Ort (2,9 %).

Damit wurden die meisten Teilnehmenden durch Medieneinflüsse mobilisiert – öffentliche Appelle in Medien und sozialen Netzwerken – gefolgt von persönlichen Netzwerken. Formelle Organisationen spielten nur eine Nebenrolle. Der Protest war somit netzwerkbasierend und nicht organisatorisch geprägt.

Einschränkungen der Studie

Wir bemühten uns um ein systematisches Auswahlverfahren, um Verzerrungen bei der Auswahl der Befragten zu minimieren. Dennoch wurde die Befragung in einer dynamischen Menschenmenge, in kurzer Zeit und bei schlechtem Wetter durchgeführt. Die Interviewer:innen hatten nur kurze Trainings und keine vorherige Felderfahrung. Daher wurde die Auswahlmethode, die Teilnehmenden in festen Intervallen auszuwählen, möglicherweise nicht immer strikt eingehalten.

Die Umfrage fand ausschließlich am 30. Juli statt. Die Motivationen und Zusammensetzung der Protestierenden könnten an anderen Tagen anders gewesen sein. Obwohl das Ergebnis der Abstimmung noch offen war, könnten manche vom Kurswechsel des Präsidenten bereits beruhigt gewesen sein. Der Protest am 30. Juli war deutlich kleiner als am 23. Juli. Da die Kundgebung an einem Mittwochabend bei Regen stattfand, ist anzunehmen, dass an diesem Tag die motiviertesten Personen anwesend waren.

Wir stellten nur eine einzige offene Frage nach dem Motiv. Dass ein Motiv nicht erwähnt wurde, bedeutet

daher nicht, dass es nicht vorhanden war. Eine Person mag z. B. gesagt haben, sie sei zum Schutz des NABU gekommen, aber dahinter könnten breitere Gründe stehen – Sorge vor Autoritarismus, Angst vor Einstellung von EU-Hilfen, Unzufriedenheit mit dem Verfahren – ohne dass diese explizit genannt wurden.

Fazit

Unsere Umfrage zeigt, dass der Protest am Iwan-Franko-Platz gegen die Beschneidung der Unabhängigkeit der Antikorruptionsbehörden überwiegend jung und weiblich war. Die meisten Teilnehmenden waren Frauen unter 30, viele berufstätig oder im Studium. Im Vergleich zum Euromaidan waren die Proteste jünger und weiblicher – ein Spiegel der Kriegsbedingungen und des ausgeprägten demokratischen Engagements jüngerer Generationen.

Die Agenda des Protests war breit und nicht auf eine einzelne Forderung fokussiert. Während der Schutz von NABU und SAPO am häufigsten genannt wurde, betonten viele explizit auch Solidarität, zivilgesellschaftliche Haltung, Widerstand gegen Autoritarismus und Druck für politischen Wandel. Diese Vielfalt zeigt, dass die Protestierenden die Demonstration als Teil eines breiteren Kampfes um demokratische Werte begriffen.

Die Mobilisierung beruhte hauptsächlich auf informellen Netzwerken. Medienaufrufe, Blogs und soziale Netzwerke spielten eine zentrale Rolle, außerdem auch persönliche Einladungen. Formelle Organisationen waren hingegen nur marginal beteiligt. Selbst unter Kriegsbedingungen mobilisieren Ukrainer:innen weiterhin kollektiv zur Verteidigung von Verantwortungs- und Rechtsstaatlichkeit.

Danksagung

Wir danken Oleksii Sereda für seine Hilfe bei der Planung der Studie. Besonderer Dank gilt Tymofii Brik für die Initiative und finanzielle Unterstützung der Studie sowie Anna Kokoba und Alina Shmaliuk für organisatorische Unterstützung und allen weiteren Beteiligten. Besonders danken wir den 16 Studierenden der Kyiv School of Economics, die freiwillig Interviews mit Protestierenden durchführten.

Der Kommentar basiert auf dem Text »People with Cardboards: Who Were They and Why Did They Come Out? Results of a Survey of Protesters on Franko Square«, der auf VoxUkraine erschienen ist und frei zugänglich ist unter <https://voxukraine.org/en/people-with-cardboards-who-were-they-and-why-did-they-come-out-results-of-a-survey-of-protesters-on-franko-square>.

Über die Autor:innen

Danyil Karakai ist Leiter des Center for Sociological Research der Kyiv School of Economics und Doktorand der Soziologie an der Taras-Schewtschenko-Universität Kyjiw.

Valentyn Hatsko arbeitet am Center for Sociological Research der Kyiv School of Economics und ist Doktorand der Soziologie an der Taras-Schewtschenko-Universität Kyjiw.

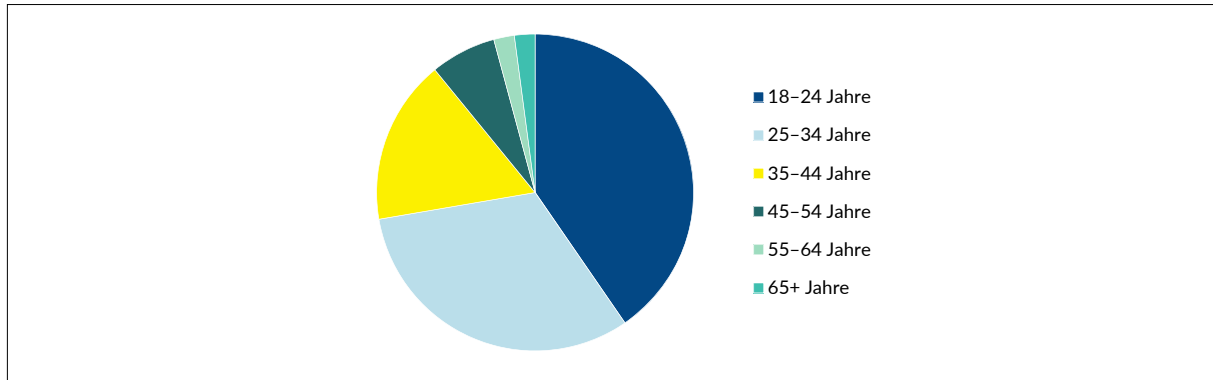
Ruslana Moskotina forscht am Center for Sociological Research der Kyiv School of Economics und promoviert in Soziologie.

Literatur

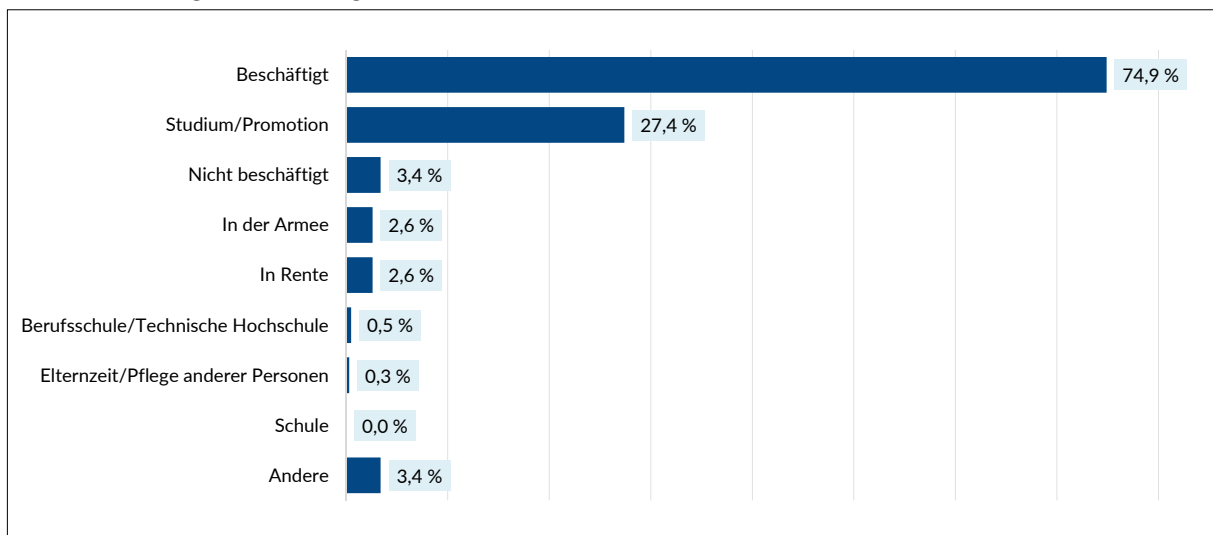
- DIF (2013) Maidan-rally and Maidan-camp: Similarities and differences [online]. DIF. Available at: <https://dif.org.ua/article/maydan-miting-i-maydan-tabir-skhozhe-i-vidminne>.
- Karakai, D., Hatsko, V. & Moskotina, R., 2025. Protest against Law No. 12414 in Kyiv – Survey of participants at Ivan Franko Square on July 30 and online survey via Telegram group of protesters, v. 1.0. Discuss Data. Available at: <https://doi.org/10.48320/632DDCD5-4FDE-4E08-8AD8-E861613458F5>.
- OpenAI (2025) ChatGPT: Thematic analysis of protest responses [AI chat transcript]. ChatGPT. Available at: <https://chatgpt.com/share/6898e37e-bad0-800a-9d39-63df81f561d5>.
- Tamiliina, L. (2024) Between hope and despair: Values and beliefs of young Ukrainians today [online]. VoxUkraine. Available at: <https://voxukraine.org/mizh-nadiyeyu-ta-vidchayem-tsinnosti-ta-perekonannya-molodyh-ukrayintsiv-sogodni>.

Grafiken und Tabellen zum Text

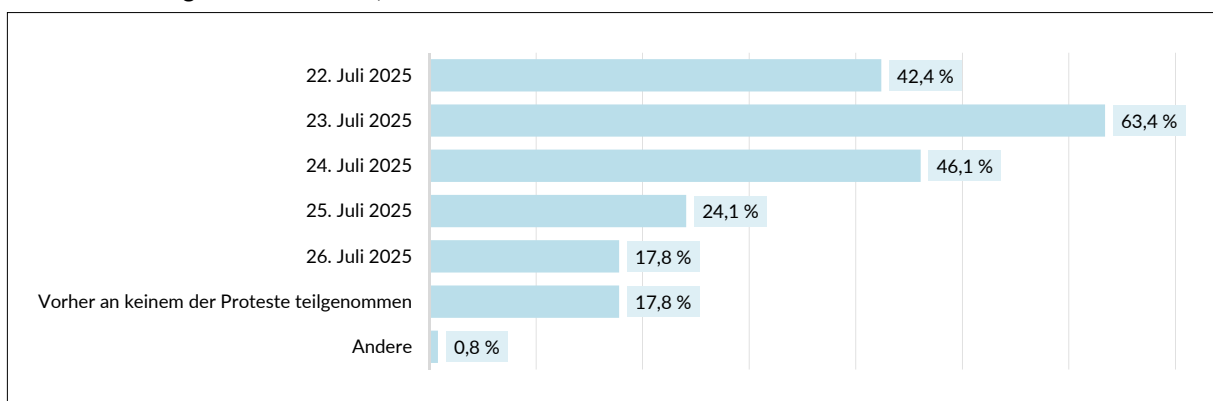
Grafik 1: Alter der Protestteilnehmenden

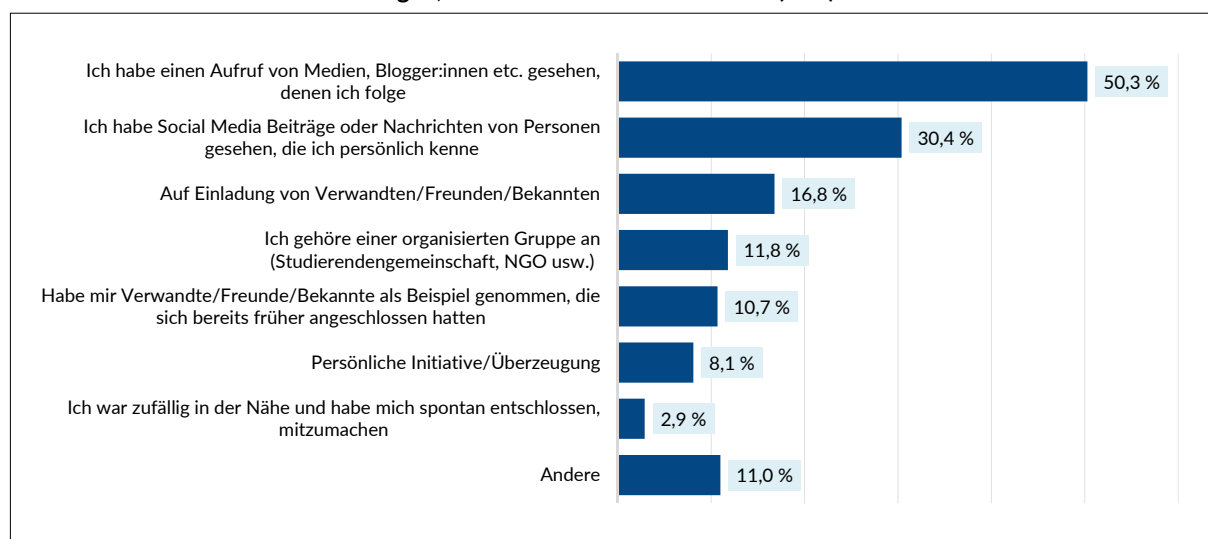


Grafik 2: Tätigkeit der Befragten (in %)



Grafik 3: Teilnahme an Protesten der Vortage (% derjenigen, die an den jeweiligen vorherigen Protesttagen teilgenommen haben)



Grafik 4: Was hat Sie dazu bewogen, an dem Protest teilzunehmen? (in %)**Tabelle 1: Motiv für die Teilnahme am Protest (in %, Gesamt und nach Altersgruppen, mehrfache Motive möglich)**

	Gesamtstichprobe (N=379)	18-24 Jahre (N=152)	25-34 Jahre (N=118)	35+ Jahre (N=107)
Unabhängigkeit der Antikorruptionsbehörden (NABU/SAPO)	21,4 %	23,0 %	22,9 %	17,8 %
Sichtbarkeit des Protests, Solidarität	15,8 %	16,4 %	16,1 %	14,0 %
Ausdruck bürgerlicher Haltung	14,2 %	15,8 %	15,3 %	10,3 %
Verhinderung von Usurpation und Autoritarismus	11,3 %	7,9 %	12,7 %	15,0 %
Forderung nach Gesetzesänderung	10,0 %	11,2 %	12,7 %	5,6 %
Druck auf die Behörden	9,5 %	7,2 %	14,4 %	7,5 %
Protest gegen Korruption	7,4 %	7,2 %	6,8 %	8,4 %
Emotionale Reaktion: Wut, Müdigkeit, Angst	6,1 %	6,6 %	5,9 %	5,6 %
Europäische Integration und Engagement für Reformen	5,3 %	7,2 %	3,4 %	4,7 %
Zukunft (Kinder, Wirtschaft, Verbleib im Land)	5,3 %	5,3 %	1,7 %	9,3 %
Verteidigung von Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit	5,0 %	5,3 %	5,1 %	4,7 %
Unzufriedenheit mit den Entscheidungen/Handlungen der Behörden	5,0 %	2,6 %	6,8 %	6,5 %
Kampf für Demokratie	4,5 %	4,6 %	3,4 %	5,6 %
Unzufriedenheit mit den Autoritäten als solche	2,9 %	1,3 %	1,7 %	5,6 %
Forderung nach Transparenz	1,8 %	3,3 %	0,8 %	0,9 %
Unzufriedenheit mit dem Verfahren der Gesetzesverabschiedung	1,6 %	2,0 %	0,0 %	2,8 %
Kam vorbei, um mich umzusehen und zu entscheiden, was als Nächstes zu tun ist	1,6 %	0,7 %	1,7 %	2,8 %
Andere	5,0 %	3,9 %	5,9 %	5,6 %

DOKUMENTATION

Berichte der EU-Kommission, der OECD und der ukrainischen Zivilgesellschaft zum Stand der Korruptionsbekämpfung in der Ukraine

Bericht der EU-Kommission zum Stand der Ukraine im Beitrittsprozess

Am 4. November 2025 hat die EU-Kommission ihren jüngsten Fortschrittsbericht zur Ukraine vorgestellt. In Kapitel 23 »Justiz und Grundrechte« bescheinigt der Bericht der Ukraine zwar Fortschritte bei Justizreformen und der Korruptionsbekämpfung. Gleichzeitig weist die EU-Kommission jedoch auf anhaltende strukturelle Probleme wie Personalmangel, politische Einflussnahme und gesetzliche Rückschritte hin. Zudem warnt sie vor weiteren Angriffen auf die Unabhängigkeit des Nationalen Antikorruptionsbüros (NABU) und der Spezialisierten Antikorruptions-Sonderstaatsanwaltschaft (SAPO) sowie vor einer Reformstagnation.

Im Folgenden dokumentieren wir den entsprechenden Ausschnitt des EU-Fortschrittsberichts zu Kapitel 23 »Justiz und Grundrechte«.

Chapter 23: Judiciary and fundamental rights

Ukraine has some level of preparation regarding the judiciary, the fight against corruption and respect for fundamental rights and made some progress, with progress seen across all areas.

Functioning of the judiciary

Ukraine has **some level of preparation** in the functioning of the judiciary. **Some progress** was made during the reporting period, notably by adopting and starting to implement legislation to establish the Kyiv Specialised District Administrative Court and the Kyiv Specialised Administrative Court of Appeal, through the ongoing selection and appointment of judges and members of the High Council of Justice (HCJ) and the evaluation of the qualifications of sitting judges (vetting), and by setting up the Service of Disciplinary Inspectors (SDI). A roadmap for the e-judiciary system was approved and the development of the e-case management system in the criminal justice chain (SMEREKA) continued. However, the judiciary still suffers from severe understaffing and high workloads. Integrity, meritocracy and capacities of the judiciary and prosecutorial service, as well as the status of the Public Integrity Council remain weak. The Parliament failed to appoint internationally vetted candidates to the Constitutional Court (CCU), further delaying the renewal of the CCU. The position of the Prosecutor General remains politicised. The provisions on automatic closure of criminal cases due to expiry of pre-trial investigation time limits after the notice of suspicion and shortened investigation time limits led to the closure of several high-profile cases and others are at risk. Legislation introduced in July 2025 allows for transfer and appointment of prosecutors without competition and grants the Prosecutor General access to any pre-trial investigation material (except of the National Anti-Corruption Bureau (NABU) and the Specialized Anti-Corruption Prosecutor's Office (SAPO)).

The Commission's recommendations from last year were partially met and remain valid. In the coming year, Ukraine should in particular:

- in line with the Ukraine Plan, accelerate the filling of judicial vacancies and the evaluation of the qualifications (vetting) of sitting judges, with the involvement of the Public Integrity Council; operationalise the new specialised administrative courts;
- in line with the Ukraine Plan, continue to settle ongoing disciplinary proceedings; adopt legislation to improve judges' declarations of integrity and their verification, the selection of management-level prosecutors, the disciplinary system for prosecutors and the capacity of the prosecutorial governance bodies; and launch the criminal e-case management system modules;
- in line with the Ukraine Plan, adopt the law to improve the enforcement of court decisions; launch the data collection system for the enforcement of court decisions, and implement the roadmap for the e-judiciary system;
- fill the remaining vacancies in the Constitutional Court without further delays and improve the constitutional procedure in line with the 2021 recommendations of the Venice Commission; adopt legislative amendments to make the selection and dismissal procedures for the Prosecutor General more objective, transparent and merit-based; improve the selection of Supreme Court judges and the verification of integrity declarations of Supreme Court and other highest courts' judges with the temporary but meaningful involvement of independent experts nominated by international partners; remove the provision on the automatic closure of criminal cases due to the expiry of pre-trial investigation time limits and review the current time limits; urgently extend the temporary

involvement of internationally-nominated independent experts in the selection of members of the High Qualification Commission of Judges (HQCJ), and improve the transparency and quality of the selection processes, in particular regarding the selection of members of the Congress and Council of Judges, Council of Prosecutors, and the Head of the State Judicial Administration (SJA); and advance the reforms of the Bar, legal education and the National School of Judges;

- remove the provisions allowing the transfer and appointment of prosecutors to regional prosecution offices and the Office of Prosecutor General without competition and giving the right for the Prosecutor General to access any pre-trial investigation material, abstain from further enforcement of these provisions until they are repealed.

Fight against corruption

Ukraine has **some level of preparation** in the area of anti-corruption. **Limited progress** was made. The specialised anti-corruption institutions (NABU, SAPO, HACC) continued delivering on their mandates and building a track-record by stepping up investigations, prosecutions and judgements of high-level corruption cases. The trend has been stagnating for investigations into corruption offences by other law enforcement agencies. The Parliament adopted a law in July, dismantling important safeguards for the independence of NABU and SAPO and putting their operational work under the authority of the politically appointed Prosecutor General. These amendments would have severely weakened Ukraine's anti-corruption framework. The independence of NABU and SAPO was swiftly restored following domestic protests and strong concerns voiced by international partners. Legislative initiatives presented as protecting businesses or national security were registered or adopted that risk undermining the effectiveness of the fight against corruption, including by limiting transparency of public registers and criminal liability for corruption offences. Anti-corruption institutions and civil society organisations report about growing pressure from state institutions, including through criminal investigations by law enforcement and security agencies. Overall, these developments cast doubts on Ukraine's commitment to its anti-corruption agenda. Ukraine should advance its anti-corruption framework and prevent any backsliding on its notable reform achievements. Procedural delays and obstructions in high-level corruption proceedings should be addressed. Statutes of limitation and the grounds for their interruption and suspension should be reviewed and adjusted, in line with European standards.

The Commission's recommendations from last year were partially implemented and remain valid. In the coming year, Ukraine should in particular:

- preserve the independence of anti-corruption institutions; expand the jurisdiction of NABU to cover all high-risk public positions; introduce robust safeguards against interference with the work of NABU and SAPO and circumvention of their exclusive jurisdiction in high-level corruption cases; strengthen SAPO's autonomy to investigate Members of Parliament without prior approval by the Prosecutor General;
- further consolidate its track record on corruption cases, including the seizure and confiscation of criminal assets, focusing on top officials and high-impact cases; expand the personal scope of declarants and simplify and improve the procedures for the verification of asset declarations; strengthen the capacities and focus of the National Agency on Corruption Prevention (NACP) to detect unexplained wealth; amend the Criminal Procedure Code to alleviate impediments and procedural delays to the efficient holding of criminal proceedings, particularly in high-level corruption cases;
- in line with the Ukraine Plan, increase the number of judges and administrative staff in the High Anti-Corruption Court (HACC); develop and adopt the Anti-corruption Strategy and the State Anti-Corruption Programme

Quelle: Europäische Kommission: Ukraine 2025 Report, November 2025. https://enlargement.ec.europa.eu/document/download/17115494-8122-4d10-8a06-2cf275eecd7_en?filename=ukraine-report-2025.pdf.

Monitoring-Bericht der OECD zum Stand der Korruptionsbekämpfung

Die OECD hat im September 2025 den fünften Monitoring-Bericht der Ukraine zum Stand des *Istanbul Anti-Corruption Plans* vorgelegt. Laut dem Bericht hat die Ukraine trotz des russischen Angriffskrieges wichtige Fortschritte bei Anti-Korruptionsreformen erzielt. Gleichzeitig bestehen weiterhin erhebliche Risiken für die Korruptionsbekämpfung: politische Einflussnahme, unvollendete Justizreformen, schwache Durchsetzung gegenüber hochrangigen Amtsträger:innen und Ausnahmen im öffentlichen Beschaffungswesen. Der Bericht kritisiert die Angriffe auf unabhängige Institutionen und weist darauf hin, dass Reformen nur Bestand haben, wenn politische Kontrolle begrenzt werden, die Unabhängigkeit der Institutionen gesichert wird und die internationale Gemeinschaft konsequent auf Einhaltung drängt.

Im Folgenden dokumentieren wir die Zusammenfassung des 236 Seiten langen Berichts.

Executive Summary

This follow-up monitoring report was prepared within the framework of the fifth round of monitoring of the Istanbul Anti-Corruption Action Plan (IAP). It evaluates Ukraine's anti-corruption reforms against a set of indicators and benchmarks under nine performance areas that focus on anti-corruption policy, prevention of corruption, and enforcement of criminal liability for corruption offences. The report mainly highlights developments that took place during the 2023–2024 assessment period, with a focus on progress made since the baseline review in areas where baseline findings were available—anti-corruption policy, asset declarations, independence of judiciary, specialised anti-corruption institutions, and enforcement of corruption offences, while providing baseline evaluation for other areas covered by the IAP fifth round of monitoring.

Ukraine has made significant anti-corruption progress despite the challenges of Russia's full-scale invasion. Notable achievements have been the launch of a modern inclusive system for monitoring anti-corruption strategy implementation, advances in whistleblower protection, and formal independence granted to the Specialised Anti-Corruption Prosecutor's Office (SAPO). Moreover, Ukraine has applied to accede to the OECD Anti-Bribery Convention having undertaken important legal reforms to meet the accession requirements. Enforcement of corruption offences has increased, but legal and practical obstacles remain. Extraordinary judicial vetting must be completed and judicial independence ensured in practice.

Anti-corruption policy

Ukraine has progressed the implementation of its ambitious anti-corruption policy though many measures remain pending until the policy cycle ends in 2025. A major achievement is the launch of an online monitoring system enabling real-time, transparent progress tracking and direct stakeholder feedback. However, the next strategy should be more targeted and realistic prioritising high-risk areas and aligned with resources.

Conflict of interest and asset declarations

Ukraine has a comprehensive legal framework for preventing and managing conflicts of interest, with growing track record of detection of violations. Enforcement, however, remains weak, especially in relation to high-level officials. The asset declaration system is among the region's most advanced—comprehensive, transparent, fully digitised and supported by automated verification software. Ukraine should strengthen full verifications of asset declarations, going beyond accuracy and completeness checks, focusing on high-level officials, and ensure adequate follow-up and enforcement.

Protection of whistleblowers

Ukraine has developed a comprehensive whistleblower protection framework covering both public and private sectors. It includes important guarantees such as legal aid, protection of family members, choice between reporting channels and financial incentives, though personal safety measures only apply within criminal proceedings. The National Agency on Corruption Prevention (NACP) has the relevant mandate and powers but requires more resources. The launch of the Unified Portal of Whistleblower Reports is a major step, but Ukraine should ensure full operation of public sector reporting channels and their integration into the portal, increase public awareness and extend equivalent protection to the defence sector.

Business integrity

Full-scale war has forced Ukraine to balance transparency with national security leading to a deprioritisation of certain disclosure requirements for public companies. Progress was made to enhance the accuracy of the Unified Beneficial Ownership register but verification should extend beyond basic checks. The Business Ombudsman Council continues to operate effectively but its sustainability must be secured. State-owned enterprises (SOEs) have developed

anti-corruption programmes but competitive processes for appointing state representatives to boards are still lacking, and CEO competitive selections have not taken place due to martial law.

Integrity in public procurement

Despite wartime challenges, reforms in public procurement have continued, including improvements to the Prozorro e-procurement system. However, direct contracting has risen to nearly half of all procurements. While exemptions from competitive tendering during martial law are overall justified, some remain too broad and prone to corruption risks. Ukraine is encouraged to narrow exceptions, clearly define urgency as a legitimate basis and reduce reliance on non-competitive procedures. Capacity of procurement professionals must be increased as well as the enforcement of procurement violations and related corruption offences.

Independence of judiciary

Since the baseline review, Ukraine has resumed long-stalled judicial career and disciplinary processes. However, a significant backlog and high number of vacancies remain, with vetting of judges appointed before the 2016 Constitutional reform still unfinished. This raises concerns about access to justice. Ukraine must ensure that judicial governance bodies have sufficient quorum to operate and move these processes. While a reformed system of disciplinary inspectors has been launched, the objectivity and fairness of disciplinary proceedings must be ensured in practice and liability for procedural delays must not hinder individual independence of judges.

Independence of public prosecution service

Ukraine should address the long-standing recommendation to depoliticise the appointment and dismissal of the Prosecutor General by introducing a transparent, non-political selection process. While some appointments have been competitive, most managerial positions had been filled through direct appointments. Amendments adopted in July 2025 paused merit-based appointments for the duration of martial law. The prosecution system includes governance bodies with civil society participation, which is positive. However, vague grounds for disciplinary liability grant wide discretion in disciplinary cases.

Specialised anti-corruption institutions

The Specialised Anti-Corruption Prosecutor's Office (SAPO) has gained formal independence but still cannot resolve jurisdictional disputes or independently initiate cases against Members of Parliament. The mandate of the National Anti-Corruption Bureau of Ukraine (NABU) to investigate high-level corruption must be safeguarded and extended to cover all high-level officials. NABU also requires independent wiretapping capacity and timely access to independent forensic expertise and financial information. The Asset Recovery and Management Agency (ARMA) needs greater independence, transparency, and due process safeguards to build accountability and public trust.

Enforcement of corruption offences

Ukraine has achieved progress in prosecuting high-level corruption, with growing convictions and sanctions despite the war. Yet obstacles to effective enforcement persist. Restrictive time limits and statutes of limitations should be removed. The recently introduced autonomous criminal liability of legal persons should be extended to all corruption offences, confiscation measures and money laundering prosecutions must be strengthened, and efforts made to recover proceeds of corruption from abroad. Ukraine is encouraged to protect the independence and jurisdiction of its specialised anti-corruption institutions and further strengthen its high-level corruption enforcement track record.

Recent developments highlighted persistent and recurring risks of reform backsliding that threatens hard-won achievements. These included an attempt to strip NABU and SAPO from independence, rejection of a competitively selected candidate for Director of the Economic Security Bureau (ESB), and proposed amendments that would effectively decriminalise corruption in the high-risk defence procurement sector. Following strong domestic and international pushback NABU's and SAPO's independence was fully restored, the competitively selected candidate was appointed as ESB Director, and the defence procurement draft law did not advance. These events underscore the need for continued vigilance to safeguard reform gains.

Quelle: OECD: Ukraine Fifth Round of Anti-Corruption Monitoring Follow Up Report. The Istanbul Anti-Corruption Action Plan, 2025. https://www.oecd.org/en/publications/ukraine-fifth-round-of-anti-corruption-monitoring-follow-up-report_097f0a38-en.html.

Unabhängiger Bericht ukrainischer NGOs zum Stand der Korruptionsbekämpfung

Der »Shadow Report on Chapter 23 "Justice and fundamental rights" and Chapter 24 "Justice, Freedom and Security" of the European Commission's Report on Ukraine's Progress under the 2024 EU Enlargement Package« ist ein Bericht mehrerer ukrainischer Zivilgesellschaftsorganisationen, der den Europäischen Kommissionsbericht 2025 zur Ukraine ergänzt. Er bewertet detailliert die Fortschritte der Ukraine in den EU-Beitrittskapiteln 23 und 24 (Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte, Justiz, Sicherheit, Freiheit). Mit über 500 Empfehlungen liefert er der ukrainischen Regierung und internationalen Partnern konkrete Reformprioritäten. Von den mehr als 1.000 Seiten des Berichts befassen sich etwa 100 Seiten detailliert mit der Korruptionsbekämpfung. Nachstehend dokumentieren wir die Zusammenfassung des Kapitels zum Stand der Korruptionsbekämpfung in der Ukraine.

The period from September 2024 to July 2025 was characterised by mixed trends in the field of combating corruption in Ukraine, with certain positive changes and persistent challenges in the work of anti-corruption institutions.

Positive developments include the large-scale recruitment of new staff by the National Anti-Corruption Bureau of Ukraine (NABU) and the Specialised Anti-Corruption Prosecutor's Office (SAPO), the approval of NABU's development strategy, and the start of work on SAPO's institutional development strategy. Some achievements include the adoption of a law that improved the procedure for concluding plea bargains in corruption cases, the formulation by the Supreme Court of important legal positions on the differentiation of official offences, as well as measures taken by NABU to enhance the level of information security. In addition, the first request of the High Anti-Corruption Court (HACC) for the enforcement of special confiscation is under consideration in Switzerland. While in October, the Cabinet of Ministers of Ukraine updated the State Anti-Corruption Programme for 2023–2025, retaining its key measures, its implementation is currently not reaching a satisfactory level.

At the same time, significant challenges persist that hinder effective anti-corruption efforts. By Law No. 4555-IX (Draft Law No. 12414), the institutional independence and autonomy of the SAPO and NABU were put at risk for 9 days. The adoption of this Law was accompanied by violations of democratic procedures and provoked a strongly negative reaction from both society and the international community. Although the harmful Law No. 4555-IX was almost entirely deactivated on 31 July 2025, certain of its provisions remain in force and may have negative consequences, as do the disputed provisions of Law No. 4560-IX.

The Verkhovna Rada of Ukraine has for a long time failed to improve the tools for responding to procedural abuses, resulting in an average case duration at the High Anti-Corruption Court (HACC) of 618 days — the highest figure since the court began its operation, with procedural abuses recorded in 55% of cases. The problem of effective confiscation of criminal assets continues to exist, and the instruments of "extended" confiscation require improvement with regard to the grounds for seizure of property. The situation has worsened concerning the dissemination of restricted-access information in NABU cases.

Critical problems remain the lack of quality forensic expertise for NABU, the retention in the Criminal Procedure Code of Ukraine of the provision on mandatory closure of criminal proceedings due to the expiry of pre-trial investigation deadlines, unsynchronized approaches to the compilation of statistical reporting across various institutions, and insufficient information on the implementation of HACC judgments on confiscated assets. Against the background of these problems, particular concern is caused by cases of suspects and defendants fleeing, as well as the growing number of cases at risk of closure due to expiration of limitation periods. Gaps also remain relevant in the effectiveness of electronic asset declaration, state funding of political parties, the whistleblower mechanism, lobbying, de-oligarchisation, corruption risk management, and monitoring of conflicts of interest and related anti-corruption requirements.

During the reporting period, new problems also emerged, primarily related to the ineffective second competitive selection of judges for the HACC and the Appeal Chamber of the HACC, which may lead to future judicial selections taking place without the participation of the Public Council of International Experts (PCIE). Concerns are also raised by the registration of a constitutional submission regarding the unconstitutionality of the participation in selection commissions for the heads and staff of anti-corruption bodies of members delegated by international organisations.

Quelle: Transparency International Ukraine: Coalition of CSOs Releases a Shadow Report for the European Commission, 20.10.2025, <https://ti-ukraine.org/en/news/coalition-of-csos-releases-a-shadow-report-for-the-european-commission/>.

CHRONIK

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2006 zur Ukraine befinden sich auf der Seite der Ukraine-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/chronik?c=ukraine&i=1>. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten.

Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken zu Russland, Belarus und Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenauen Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf frei im Internet zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Ukraine-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZÖIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2025 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZÖIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>